

Wissenschaftsmagazin der Universität Trier

konzenTRiert

Kulturforschung

Von lustig bis
ernsthaft

Spitzenforschung

Verbünde im
Steckbrief

Gefängnisforschung

Orte hinter
Mauern

ANTIQUARIAT PETER FRITZEN

Recycling in der Premium Klasse



An- und Verkauf wertvoller alter Bücher,
Landkarten und Stadtansichten seit 1987

Beratung bei Aufbau und Pflege
Ihrer Sammlung

Wertgutachten für Versicherung,
Verkauf und Erwerb

Vertretung auf den führenden Auktionen weltweit

Preister Straße 26
54662 Speicher/Eifel
Tel. 0151 5850 5622

antiquariat-fritzen@t-online.de
www.antiquariat-fritzen.com

Versandantiquariat. Besuche nach Vereinbarung.





Inhaltsverzeichnis

Titelthema

KULTUR	4
HipHop	6
Late Night	7
Cancel Culture	8
Kulturelle Aneignung	9
Erinnerungskultur	10
Kulturelles Miteinander	11

Wissenschaft im Fokus

Fünfmal exzellente Forschung – Verbünde im Steckbrief	12
75 Jahre Grundgesetz – Forschung zur Demokratie	18
Nach der Europawahl 2024: eine politikwissenschaftliche Einordnung	22
Parteien & Antisemitismus – Forschungsprojekt der IIA	25
Archäologie an und in der Mosel: Trierer Goldrausch und antike „Schätze“	28
Schwangerschaftsabbruch und die Frage der Straffreiheit	32
Immanuel Kant: Ein Philosoph für die Gegenwart?	36
Roboter in der Pflege: Unterstützung auf Rollen für die Fachkräfte	40
Satellitendaten gegen Waldbrände	44
Gefängnisforschung: Normale Orte hinter Mauern	46

Wissenschaft im Porträt

Damien Tricoire: Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit	50
--	----

Wissenschaft im Buch

Weihnachtsfilme: Mehr als nur Kitsch	54
--------------------------------------	----

Wissenschaft im Rückblick

Jahresrückblick 2024	56
----------------------	----

KULT





Die amerikanischen Ethnologen Alfred Kroeber und Clyde Kluckhohn erstellten 1952 eine Liste mit 164 verschiedenen Definitionen des Begriffs. Bis heute gibt es keine einheitliche Definition. Was ist Kultur, wer verwendet den Begriff und was verstehen wir darunter? Nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wissenschaftlich führt „Kultur“ zu Debatten.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Fächern Geschichte, Soziologie, Ethnologie, Anglistik und Germanistik an der Universität Trier zeigen, wie divers ihre Kulturforschung ist. Von zeitgeschichtlichen Phänomenen wie der Cancel Culture oder Unterhaltungskultur wie Deuschrap und Late Night Shows bis hin zur kulturellen Aneignung, kulturellem Miteinander und den Herausforderungen der Erinnerungskultur. Kultur – dafür hat wohl jede Nation, Generation, Gesellschaft und jeder Einzelne eine eigene Definition. An der Universität Trier befassen sich seit Jahrzehnten viele Professuren und Fächer im weitesten Sinne mit Kultur.

Auf den kommenden Seiten diskutieren Forschende unterschiedlicher Disziplinen Fragen zu Kunst, gemeinsamen Werten, Normen und der Frage nach unserer Identität. Eins ist aber sicher: Kultur ist dynamisch und entwickelt sich ständig weiter, beeinflusst durch soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Faktoren. Das bringt auch (Kultur-)Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer wieder dazu, neue Perspektiven einzunehmen.

Bildbeschreibung v.l.n.r.:

Dr. Thomas Grotum, Prof. Dr. Andrea Geier,
 JProf. Dr. Robert Jungmann, Dr. Heidi Süß
 (Foto: Matthias Gephart /Disturbanity Graphics),
 Dr. Lena Haase (Foto: Lisanne Parry),
 JProf. Dr. Gerhild Perl, JProf. Dr. Nele
 Sawallisch, Dr. Marc Dietrich.

The image shows the words 'HIP HOP' in a stylized, 3D font. The letters are thick and blocky. The 'H' is blue, the 'I' is black, the 'P' is black, the second 'H' is pink, and the 'O' and 'P' are black. The letters have a textured, splattered appearance, with black paint dripping down from the bottom of each letter. The background is white.

Obwohl dem Genre einige Klischees anhaften, finden auch Themen wie Rassismus, Migration, Geschlecht oder soziale Ungleichheit ihren Platz im Hip-Hop. Dr. Marc Dietrich und Dr. Heidi Süß forschen zu Deutschrap.

Was alle Rap-Künstlerinnen und Künstler vereint ist, dass sie von ihrer Lebenswelt erzählen. Und diese waren ab den späten 1970er Jahren im New Yorker Stadtteil South Bronx vor allem männlich, afroamerikanisch und von sozialer Ungleichheit geprägt. In Deutschland fasste der Rap in den 1990er Jahren mit ähnlichen Themen Fuß. Heute seien die Songtexte aber vielfältiger: „Deutschrap ist Resonanzboden für jegliche gesellschaftliche Themen im progressiven und regressiven Sinne“, erklärt Dr. Marc Dietrich, Mediensoziologe an der Universität Trier. Er und Dr. Heidi Süß untersuchten gemeinsam mit Günter Mey (Hochschule Magdeburg-Stendal) in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt, wie Rap und Rassismus inszeniert und in Musikvideos dargestellt werden. Die Forschenden analysierten Musikvideos und YouTube-Kommentare sowie die Medienresonanz ausgewählter Songs. „Es ging uns darum, Hip-Hop als digitale Kultur zu beleuchten“, berichtet Dr. Heidi Süß.

Zentrales Ergebnis der Studie ist eine zunehmende Diversifizierung der Thematiken. Zum einen fanden Integrationsprozesse hinsichtlich patriarchaler Strukturen statt, so die Mediensoziologin Süß. Obwohl im Straßenrap noch immer dominante Männlichkeitsbilder präsent seien, sei das Verständnis von Männlichkeit komplexer geworden. Themen wie Depressionen und Trauer zeigten auch im Gangstarap Verletzlichkeit. Zum anderen hat sich die Erzählperspektive über Rassismus entwickelt. Während in den 1990er Jahren vor allem afrodeutsche sowie türkisch- und arabischstämmige Männer Deutschrap prägten, veränderten Fluchtbewegungen, Diskurse

über Geschlechtergerechtigkeit und Diversität die Themen. Rapperin Ebow etwa bringt ihre queere feministische Perspektive und kurdische Herkunft in ihren Song „K4L“ ein. Sie beleuchtet die Gastarbeitergeneration und inszeniert die Erzählung als kollektives Erlebnis ihrer eigenen Familie. Während die 2000er Jahre ironisch mit Stereotypen spielten, findet man heute direkte Rassismus-Kritik. Einige wenige Rapper unterstützen jedoch die identitäre Bewegung und rechtspopulistische Semantiken. Die avantgardistische Rap-Szene, zu der auch OG Keemo gehört, setzt dem etwas entgegen. In „216“ thematisiert er internalisierten Rassismus und kritisiert das verinnerlichte weiße, hegemoniale System, das Opfer zu Tätern machen kann, so die Soziolog*innen. Die Prägekraft von Deutschrap ist enorm, insbesondere für Jugendliche: „Deutschrap beeinflusst das Fühlen, Wollen und Handeln seiner Hörerinnen und Hörer“, betont Marc Dietrich. Dabei geht es zum einen um die Musik selbst: Sie basiert traditionell auf Sampling, einer Technik, welche Ausschnitte aus bereits bestehender Musik neu verwendet. Wer Hip-Hop hört, lernt so viele unterschiedliche Musikstile kennen. Vielmehr jedoch geht es um die Identifikationsangebote, um einen ganzen Lifestyle, inklusive Mode und wirtschaftlicher Aspekte. Dietrich, der selbst ein Kind der MTV-Ära ist, bringt es auf den Punkt: „Deutschrap hat ganze Generationen geprägt und wird dies auch weiterhin tun. Deshalb ist diese Szene entscheidend, wenn wir gesellschaftliche Normen, Werte, Themen, Diskurse und Konfliktlinien dieser Generationen erforschen möchten.“



Late Night Shows haben in den USA seit Jahrzehnten hohe Einschaltquoten. Warum diese Abendsendungen auch in Zeiten des digitalen Wandels für US-Amerikanerinnen und -Amerikaner so wichtig sind, weiß Nele Sawallisch.

Late Night Shows in den USA gleichen einer Arena, in der das Selbstbild der Bevölkerung diskutiert und verhandelt wird. Mal wird über Popkultur, dann über Religion, viel über Politik und die politische Kultur diskutiert – die Themen sind vielfältig. Die Kombination aus Comedy, Talkshow und Nachrichten trifft dabei den Nerv der Zeit: Besonders junge Menschen informieren sich zunehmend über Unterhaltungsshow. John Oliver ist „in“, traditionelle Nachrichten wie die von CNN sind „out“. „Diese besondere Rolle in der politischen Bildung gilt es wissenschaftlich zu untersuchen, um die Gesellschaft in den USA besser zu verstehen“, betont Anglistik-Juniorprofessorin Nele Sawallisch. Die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin analysiert an der Universität Trier die amerikanische Late Night auf Muster und wiederkehrende Thematiken: Über was wird gesprochen? Wer redet über welche Themen? Wie werden diese behandelt?

Im Jahr 2024 stand im Abendprogramm der US-Wahlkampf im Zentrum der Aufmerksamkeit. Kandidatinnen und Kandidaten wie Donald Trump und Kamala Harris aber auch Joe Biden oder Nikki Haley, prägten mit ihrem individuellen Image das öffentliche Bild und füllten ihre Rollen als Präsidentschaftskandidierende unterschiedlich aus. In Late Night Shows werden diese Darstellungen lebhaft diskutiert und verhandelt. Dabei sei es normal, dass politische Meinungen und subjektive Haltungen der Hosts offen dargestellt werden: „Die Late Night ist mittlerweile selbst ein Politikum geworden“, analysiert Sawallisch. Das ursprünglich in den 1950er Jahren entstandene US-Format hat sich im Laufe der

Jahrzehnte erheblich weiterentwickelt. Damals noch stets komödiantisch, zeigten sich die Hosts insbesondere nach dem 11. September 2001 emotionaler. Late Night Giganten wie David Letterman oder Jon Stewart weinten vor der Kamera und machten die Late Night zu einer Bühne der Bewältigung des dramatischen Ereignisses für eine ganze Nation. Seitdem zeigen immer mehr Hosts starke Emotionen. So zeigen sich Moderatorinnen und Moderatoren nicht nur menschlich, sondern prangern auch politische und kulturelle Problemlagen an. Als Beispiel nennt Kulturwissenschaftlerin Nele Sawallisch Jimmy Kimmel. Er sprach in seiner Sendung über die Krankheit seines Sohnes, der kurz nach der Geburt am Herzen operiert werden musste. In einem bewegenden Monolog verknüpfte er seine persönliche Geschichte mit der mangelhaften Versorgung durch Krankenversicherungen in den USA und ungleichen Zugängen zu Gesundheit.

Das derzeit von weißen Männern dominierte Format könnte aufgebrochen werden, und die Frage „Wer darf über welche Themen sprechen?“ könnte in Zukunft immer häufiger auch mit „Frauen“ beantwortet werden, so Sawallischs These. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits erkennbar: Taylor Tomlinson hostet nun mit „After Midnight“ eine der bekanntesten Late Night Shows. Für Kulturwissenschaftlerin Sawallisch, die auch zu „Funny Women“ forscht, bleibt die Late Night somit ein faszinierendes Forschungsfeld.



Wegen Diskriminierung, Rassismus oder Sexismus „gecancelt“. Das passiert angeblich Personen genau wie Organisationen und fiktiven Charakteren. Germanistik-Professorin Dr. Andrea Geier gibt Einblicke in aktuelle Debatten rund um die Kultur der Zensur.

Was haben Till Lindemann und Dieter Nuhr gemeinsam? Beide wurden angeblich Opfer der sogenannten Cancel Culture. Der Begriff, im Deutschen auch Absagekultur, findet sich in Feuilletons und Magazinen genauso wie in Social Media oder auf Comedy-Bühnenprogrammen. „Einzelne Fälle von Kritik an berühmten Personen oder Absage-Forderungen sollen für einen gesamtgesellschaftlichen Trend der Zensur und Denkverbote stehen“, ordnet Andrea Geier, Professorin an der Universität Trier, ein.

Fälle gäbe es dabei massig, meinen diejenigen, die den Begriff treffend finden. „Die diskutierten Beispiele sind sehr unterschiedlich gelagert und stehen keineswegs stellvertretend für eine Kultur der Zensur. Kritik ist nicht Zensur“, sagt die Forscherin. „Das Problem ist die Problembeschreibung.“ Konsequenzen fordern, protestieren, auf Missstände aufmerksam machen: Mit dem Begriff Cancel Culture werden legitime Mittel als Verbotskultur gebrandmarkt. Der Rammstein-Leadsänger wird für seinen Umgang mit weiblichen Fans kritisiert und Konsequenzen werden gefordert: Cancel Culture. Dieter Nuhr wird nach einem Auftritt Populismus vorgeworfen: Cancel Culture. Kommunikationsexpertin Geier meint jedoch: „Diese Fälle sind beispielhaft für einen Kulturkampf, der zuletzt massiv an Schlagkraft gewonnen hat. Produktiver wäre es, über Verantwortung zu sprechen.“ Verantwortung einer Band für ihre Fans, Verantwortung eines Künstlers für die eigenen öffentlichen Äußerungen, Verantwortung eines Veranstalters, Fernsehsenders oder Verlegers. Die Probleme, die an bekannten Persönlichkeiten festgemacht werden,

treten bei der Cancel Culture in den Hintergrund: Es geht medial nicht mehr um Populismus, Rassismus oder Machtmissbrauch, sondern darum, wem etwas angeblich verboten werden soll. „Cancel Culture ist ein Diskussionsphänomen, das durch Medien verstärkt wird. Oft sehen Beschuldigte durch angebliche Verbote die Meinungs- oder Kunstfreiheit eingeschränkt. Tatsächlich geht es aber nicht um die Frage, ob man noch darf, sondern um die Frage, ob man noch sollte“, führt Geier aus. Beispielsweise, ob Till Lindemanns Gedichtband weiter vertrieben werden sollte und ob ein Künstler, der im öffentlich-rechtlichen Fernsehen auftritt, wirklich pauschal Populismus verbreiten sollte. „Der Vorwurf des Cancels erschafft ein Bedrohungsszenario für Freiheitsrechte. So wird vermieden oder verunmöglicht über eigentlich komplexe Probleme zu diskutieren“, gibt sie zu bedenken.

Ob Kunstschaffende von ihrem Werk zu trennen sind, wie viel politische Korrektheit sein muss oder welche Verantwortung die Unterhaltungsindustrie hat, sind Fragen, die gesamtgesellschaftlich ausgehandelt werden müssen. Cancel Culture-Rufe seien dabei hinderlich, meint die Forscherin und fordert: „Universitäten, Schulen, Kulturzentren oder Redaktionen müssen Orte sein, an denen die Problemlagen differenziert betrachtet werden. Hier sollten wir aushandeln, welche Werte und Normen in der Gesellschaft vorherrschen.“ Im Privaten komme der Kulturkampf übrigens meist ohne die Vorwürfe der Cancel Culture aus. Medial wird er aber mit einer hohen Schlagzahl geführt.



Wo hört der Austausch zwischen Kulturen auf und wird zur einseitigen Aneignung? Diese Frage steht im Zentrum einer der hitzigsten Debatten unserer Zeit. Juniorprofessorin Dr. Gerhild Perl erklärt kulturelle Aneignung aus ihrer Perspektive als Ethnologin.

Wenn Laien Kultur definieren, fallen wohl häufig Begriffe wie Bräuche, Rituale oder Traditionen. Die wissenschaftliche Disziplin der Ethnologie sieht Kultur als lebendiges Netz aus Beziehungen, Praktiken und Diskursen. „Nach Beziehungen zu fragen, ist eine Frage, nach Kultur zu fragen, bereits eine Antwort“, beschreibt Gerhild Perl die Essentialisierung von Menschen, die oft mit dem Begriff Kultur einhergeht. „Kultur ist oft nur eine Projektionsfläche. Es gibt sie nicht in Reinform, denn Kulturen sind im stetigen Wandel und stehen stets in Beziehungen zueinander“, erläutert die Juniorprofessorin der Universität Trier. Menschen teilen Ideen, Rituale und Symbole miteinander – seit jeher. Sind diese Beziehungen geprägt von Symmetrie, ist kultureller Austausch natürlicher und positiver Teil menschlichen Zusammenlebens. „Ethnologische Forschung hat gezeigt, dass gegenseitiges Geben, Nehmen und Erwidern friedensstiftend wirken. Ein Beispiel sind Geschenke zu Weihnachten. Hier geht es zwar auch um die materielle, aber vor allem um die zwischenmenschliche Bedeutung“, erklärt Gerhild Perl.

Doch nicht jeder kulturelle Austausch ist symmetrisch. Wenn dominante Gruppen Elemente einer anderen Kultur übernehmen, ohne die Bedeutung und den Kontext des Kulturguts zu beachten, spricht man von kultureller Aneignung. Der Kulturtheoretiker Greg Tate beschreibt in „Everything But The Burden“ (2003), wie die US-amerikanische weiße Kulturindustrie ihre Inspiration etwa für Musik oder Humor aus der afro-amerikanischen Kultur schöpft. Weiße hätten alles übernommen, außer die

große Last, Schwarz zu sein. Aber nicht nur in den USA steht das Thema auf der Agenda. Vorwürfe der kulturellen Aneignung häufen sich hierzulande insbesondere zur fünften Jahreszeit. Federn im Haar, bunte Striche auf den Wangen oder mit Mustern geschmückte Kleidung – im Karneval werden Kostüme zur überzeichnenden Darstellung von gesellschaftlichen Gruppen. Auch Gerhild Perl sieht solche Verkleidungen als problematisch an: „Historisch privilegierte Gruppen bedienen sich hier aus komplexen Traditionen und Geschichten der Kulturen marginalisierter Gruppen. Das so entstandene Machtgefälle und die asymmetrische Übernahme verstärken bestehende Ungleichheiten und können für betroffene Gruppen verletzend sein.“ Ein weiteres Beispiel ist die Kommerzialisierung kultureller Symbole. Ein traditionelles Textilmuster, das in seiner Herkunftskultur tiefe Bedeutung hat, wird auf dem globalen Markt als modisches Accessoire verkauft. „Hier wird Kultur zur Ware – etwas, das gekauft und verkauft wird, ohne Rücksicht auf den kulturellen Kontext“, so die Expertin.

Aber warum ist das relevant? „Es geht nicht darum, den Austausch zwischen Kulturen zu verhindern – das wäre gar nicht möglich und hätte gesellschaftlich und politisch fatale Folgen. Die Diskussion um kulturelle Aneignung fordert uns dazu auf, über unsere Rollen und Privilegien nachzudenken und erinnert uns daran, Geschichte und Bedeutung kultureller Symbole zu verstehen, anstatt sie einfach zu konsumieren“, fasst Ethnologin Perl zusammen.



Das Erinnern an die NS-Zeit ist heute wichtiger denn je. Das sagen die Historikerin Dr. Lena Haase und der Historiker Dr. Thomas Grotum. Allerdings braucht es neue Formen des Gedenkens.

Die x-te Fernsehdokumentation über die Nationalsozialisten. Jedes Jahr am 9. November Zeitungsberichte über die Reichspogromnacht 1938 und die Angriffe auf Synagogen sowie weitere jüdische Einrichtungen. Lena Haase und Thomas Grotum verstehen nicht, warum manch einer sagt, dass man aufhören sollte, die NS-Zeit zu thematisieren. „Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen – das Erstarken von rechts-außen Parteien – zeigen, dass es dringend notwendig ist, an die nationalsozialistische Vergangenheit zu erinnern“, stellen die beiden Historiker der Universität Trier heraus. Gemeinsam mit Prof. Dr. Lutz Raphael leiten sie die Forschungs- und Dokumentationsstelle SEAL (Strukturen und Erinnerung. Angewandte Geschichtswissenschaft und Digitale Lehre).

Um die Erinnerung wach zu halten und vor allem auch die junge Generation zu erreichen, müssen ihrer Meinung nach neue Formate des Gedenkens entwickelt werden. Haase: „Formen des Erinnerns wie Kranzniederlegungen oder das Anbringen von Gedenktafeln sind in der Politik stark verinnerlicht. Natürlich sind sie Teil der Erinnerungskultur, die auch nicht wegzudenken sind.“

Die Forschungs- und Dokumentationsstelle SEAL geht jedoch auch neue Wege. Beispielsweise hatten die Historikerinnen und Historiker der Universität gemeinsam mit weiteren Partnern zum internationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus 2022 die Aktion „Erinnerlicht“ organisiert. An der Porta Nigra konnte mit dem Handy ein Licht gespendet werden. Dabei

erschien zufällig ein Foto und Informationen einer jüdischen Person aus der Region Trier, die zwischen 1941 und 1943 deportiert wurde.

„Besonders in Trier ist, dass die Erinnerungskultur durch die Nähe zu Luxemburg, Frankreich und Belgien auch transnational ist. Eigentlich muss man im Plural von Kulturen sprechen“, so Grotum. Haase ergänzt: „Natürlich haben die Menschen auf der anderen Seite der Grenze in der NS-Zeit andere Erfahrungen gemacht als hier. Doch Verfolgung gab es auf beiden Seiten. Das gemeinsame Erinnern wollen wir in den Vordergrund stellen.“ Ein digitaler Atlas, an dem Forschende der Universität Trier mitgearbeitet haben, zeigt zum Beispiel Erinnerungsorte der Großregion.

Ihre Aufgabe sehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von SEAL aber nicht nur in aktiver Erinnerungsarbeit, sondern auch in Grundlagenforschung. Zwar ist die NS-Zeit stark erforscht, aber es gibt immer noch weiße Flecken. Im laufenden Wintersemester beschäftigen sich Geschichtsstudierende unter der Leitung von Lena Haase mit ebenso einem Thema: den Biografien von Opfern der NS-Patientenmorde der Region Trier. Entstehen soll ein digitales Gedenkbuch – jederzeit und überall von der Welt von allen Interessierten abrufbar. Denn Erinnerungskultur hört eben nicht an Ländergrenzen auf.



In Nachbarschaftshäusern kommen Menschen unterschiedlichen Hintergrunds zusammen. Gleichberechtigtes Lernen steht im Mittelpunkt. JProf. Dr. Robert Jungmann forscht zu dieser besonderen Organisationskultur.

Kritik kann Triebkraft für eine innovative Organisationskultur sein. Das ist kurz zusammengefasst das Ergebnis einer Fallstudie, die Robert Jungmann (Universität Trier) gemeinsam mit Florence Eyok (TU Berlin) durchgeführt hat. „Dass Kritik an den staatlichen Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete nicht nur eine rein intellektuelle Überlegung ist, sondern in der Ausgestaltung einer alternativen Organisation mündet, finde ich faszinierend“, sagt der Trierer Juniorprofessor für Soziologie. Untersucht haben er und seine Kollegin das Fallbeispiel eines Nachbarschaftshauses, bei dem die Gründerinnen und Gründer staatliche Unterstützung komplett ablehnen. Schon vor dem „langen Sommer der Migration“ 2015, durch den das Thema stärker in den öffentlichen Fokus rückte, haben die Ehrenamtlichen Geflüchteten geholfen. Dabei haben sie erlebt, dass Integration in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende nicht auf Augenhöhe und im gegenseitigen Austausch stattfindet. Die Inhalte der Integrationskurse waren minutiös vorgegeben und wenig flexibel. Auf die Bedürfnisse und Kultur der Menschen vor Ort wurde nur wenig eingegangen.

Wie viele Nachbarschaftshäuser es in Deutschland gibt, ist nicht bekannt. Was sie vereint: Sie wollen offener Treffpunkt für Menschen verschiedener Kulturen und unterschiedlicher Lebenslagen sein. Vereine, Gruppen und Initiativen nutzen die Nachbarschaftshäuser als Veranstaltungsort. Gemeinsame Feste werden gefeiert. Aber sie bieten auch Raum, um einfach zusammenzukommen – für ein Bier oder zum Schachspielen. „Man teilt in Nachbarschaftshäusern einen kulturellen Wert: Es gibt Hilfe unter Menschen

und auf Augenhöhe. Das heißt auch, man lernt voneinander und geht eben nicht davon aus, dass man als Gesellschaftsmitglied bestimmte kulturelle Gepflogenheiten erlernt haben muss“, beschreibt Jungmann das Konzept. Neben Deutschkursen werden beispielsweise auch Arabischkurse angeboten. Gemeinsam wird besprochen, wie sie stattfinden sollen.

Doch auch in Nachbarschaftshäusern braucht es immer jemanden, der sich kümmert, weiß Jungmann. Sonst läuft es nicht. Die ehrenamtlich Engagierten haben den Forschenden berichtet, dass sie sich manchmal in eine Lehrer- bzw. Entscheider-Rolle gedrängt fühlen, obwohl sie eigentlich nicht wollen, dass nur eine Person entscheidet. Möglichst alle Themen werden im Plenum diskutiert. Nachbarschaftshäuser möchten eine Kultur leben, in der nicht nur einer gehört wird oder eine Gruppe dominiert.

Wie erfolgreich sind Nachbarschaftshäuser in der Integrations- und Kulturarbeit? „Man muss natürlich sehen, dass sich nur eine vergleichsweise kleine Zahl an Leuten in Nachbarschaftshäusern trifft. Auf Dauer braucht es engagierte Personen oder professionelle Unterstützung.“ Ein mögliches Vorbild ist laut Jungmann das kanadische Modell: Dort arbeiten in Nachbarschaftshäusern zum Teil auch Festangestellte und sie stehen einer viel größeren Besucherzahl zur Verfügung. Die Frage, wie sich die Organisationskultur in deutschen und kanadischen Nachbarschaftshäusern unterscheiden, möchte der Trierer Soziologe in einer weiteren Studie nachgehen.



Fotos: Bastian Franz, Hochschule Trier



Fünfmal exzellente Forschung

Schon jetzt sind sie herausragend – und sie haben noch mehr Potenzial: Fünf Verbünde der Universität Trier wollen ihre Forschung auf internationalem Spitzenniveau weiter ausbauen. Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Vorhaben mit 10,5 Millionen Euro.

Es war ein weiter Sprung, den die Anwesenden an dem kalten Januartag im Rokokosaal des Kurfürstlichen Palais in Trier gemeinsam machten. Er reichte von der Schifffahrt in der Antike bis hin zu aktuellen Gesetzen zur Bekämpfung von Geldwäsche. Vorge stellt wurden von Dr. Julian Degen (Alte Geschichte) und Prof. Dr. Mohamad El-Ghazi (Rechtswissenschaft) zwei der insgesamt fünf Forschungsverbünde der Universität Trier, die das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen seiner Forschungsinitiative bis 2028 fördert. Was die Mini-Zeitreise in zwei Vorträgen auf jeden Fall verdeutlicht: An der Universität Trier wird Forschung zu hochrelevanten Themen betrieben, die problemlos in der Spitzenliga mitspielen kann.

Ziel der Forschungsinitiative ist es, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglich-

keit zu geben, ihre interdisziplinäre Arbeit noch zu intensivieren und sie reif für große Forschungsanträge zu machen. Man wird sicher noch viel von den Forschungsverbänden hören – da waren sich alle bei der Unterzeichnung der Zielvereinbarung durch Wissenschaftsminister Clemens Hoch und Universitätspräsidentin Prof. Dr. Eva Martha Eckkrammer im Rokokosaal einig.

Doch was ist es, das die Verbünde ausmacht? Welche Ziele verfolgen sie? Und welche innovativen Methoden verwenden sie? Wir haben die Verbünde gebeten, durch einen Steckbrief Einblicke in ihr Forschungsgebiet zu geben.

Ökonomische Analyse der Geldwäsche

Beteiligte Fächer: Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre

Sprecher*innen: Prof. Dr. Scarlett Jansen, Prof. Dr. Mohamad El-Ghazi (beide Rechtswissenschaft), Prof. Dr. Matthias Neuenkirch (Volkswirtschaftslehre)

Federführende Einrichtung: Trierer Institut für Geldwäsche- und Korruptions-Strafrecht (TrlGeKo)

Anzahl der beteiligten Wissenschaftler*innen: 12



Forschungsthema/-gebiet: Messung von Geldwäsche und deren volkswirtschaftlichen Schäden

Drei spannende Forschungsfragen:

- Wie hoch ist das jährliche Geldwäschevolument in Deutschland?
- Was und wie hoch sind die volkswirtschaftlichen Schäden?
- Wie lässt sich Geldwäsche effektiv bekämpfen?

Unser Ziel: Einen Beitrag zur Bekämpfung von Geldwäsche leisten

Forschungsmethoden/-theorie: Analyse der Verdachtsmeldungen von Geldwäsche, Analyse und Bewertung ökonomischer Daten, Bewertung der aktuellen Rechtslage auf empirischer Grundlage

Warum wir uns mit der Thematik beschäftigen: Deutschland gilt als Paradies für Geldwäsche. Nach groben Schätzungen werden hierzulande jährlich 100 Milliarden Euro an Erträgen aus Straftaten gewaschen. Doch fundierte Zahlen dazu fehlen. Das Thema Geldwäsche ist auch gesellschaftlich relevant: Es besteht z. B. die Vermutung, dass die steigenden Miet- und Immobilienkaufpreise, die in Deutschland in den letzten Jahren zu beobachten sind, im Zusammenhang mit Geldwäsche stehen

könnten. Ein wissenschaftlicher Nachweis hierfür fehlt aber bislang.

Das haben wir konkret vor:

Quantifizierung des Geldwäschevolument in Deutschland und der resultierenden Schäden, Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur effektiveren Geldwäschebekämpfung für die Politik

Ein Beispielprojekt: Zunächst wird der Immobilienmarkt, der als besonders risikofähig für Geldwäsche gilt, analysiert. Im Anschluss sollen andere Sektoren einer ökonomischen Analyse unterzogen werden.

Das machen wir anders als andere: Unser interdisziplinärer Ansatz im Bereich der Geldwäscheforschung ist deutschlandweit bisher einzigartig. Bisher wurde Geldwäsche noch nicht empirisch untersucht. Wir möchten Geldwäsche aus wirtschaftlicher und strafrechtlicher Perspektive analysieren.

Unsere besondere Stärke in Trier: Erfahrung in der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Kontakte zu verantwortlichen Institutionen. Vernetzung von Strafrecht und empirischer Wirtschaftsforschung.



Maritime Transfers

Beteiligte Fächer: Archäologie, Betriebswirtschaftslehre, Digitales Historisches Erbe, Geschichte, Klassische Philologie, Kunstgeschichte, Papyrologie, Politikwissenschaft, Soziologie und Theologie

Sprecher*innen: Prof. Dr. Ulrike Gehring (Kunstgeschichte), Prof. Dr. Christoph Schäfer (Alte Geschichte)

Federführende Einrichtung: TRANSMARE-Institut

Anzahl der beteiligten Wissenschaftler*innen: 31

Forschungsthema/-gebiet: Maritimer Transfer von Menschen, Gütern und Ideen in Gegenwart und Vergangenheit

Drei spannende Forschungsfragen:

- Inwiefern ist die Analyse maritimer Transfers in historischer Rückschau hilfreich, um aktuelle, globale Verflechtungen zu verstehen?
- Wie können über Simulationen und experimentelle Archäologie neue Erkenntnisse zu maritimen Transfers gewonnen werden?
- Welche Rolle spielen hierbei mediale Berichterstattungen (etwa Texte, Bilder und Karten)?

Unser Ziel: Muster in der Geschichte zu identifizieren, um die Gegenwart mit ihren politischen und wirtschaftlichen Strukturen besser zu verstehen

Forschungsmethoden/-theorie: Interdisziplinäre Verflechtung geistes-, naturwissenschaftlicher und technischer Methoden (wie bspw. Verzahnung von Kunstgeschichte und der praktischen Marineausbildung); empirische Erhebungen zum Online-Handel über Seerouten; Nachbau römischer Handelsschiffe

Warum wir uns mit der Thematik beschäftigen: 90% des grenzüberschreitenden Warenverkehrs laufen über den Seeweg. Wer globale Vernetzung verstehen will, muss maritime Transfers verstehen.

Das haben wir konkret vor: Erforschung von ... maritimer Macht (z. B. Abschottungsstrategien von Seemächten)

... Konstruktionen des Maritimen (z. B. Transfer von Wissen zwischen Seefahrernationen)

... Abhängigkeiten maritimen Wirtschaftens (z. B. ökonomisch-quantitative Analysen zeitgenössischer Handelsverbindungen)

... maritime Repräsentation (z. B. Inszenierung der Seemacht durch Bauwerke)

... maritimen Netzwerken (z. B. kulturelle Verbindungen durch den antiken Suezkanal)

Ein Beispielprojekt: Der *Digitale Interaktive Maritime Atlas* gibt neue Einblicke in die Handels-schiffahrt der Römerzeit; Seerouten und Transportzeiten von Waren zu unterschiedlichen Jahreszeiten werden nachvollziehbar

Das machen wir anders als andere: Kombination von kultur- und geisteswissenschaftlichen Ansätzen, inter- und transdisziplinär sowie Betrachtung eines Zeitraumes von über ca. 2500 Jahren

Unsere besondere Stärke in Trier: Die Einbettung in TRANSMARE – einem großen bottom-up-ge-wachsenen Trierer Forschungsverbund – und damit verbundene Expertise verschiedener Disziplinen und internationale Kooperationen

LODiG.

Linked Open Data in den Geisteswissenschaften

Beteiligte Fächer: Digital Humanities und Computerlinguistik, Germanistik, Informatikwissenschaften, Rechtswissenschaft, Romanistik, Sinologie und die Universitätsbibliothek

Sprecher*innen: Prof. Dr. Christof Schöch (Digital Humanities), JProf. Dr. Susanne Kabatnik (Digitale Lexikographie), Prof. Dr. Claudine Moulin (Germanistik)

Federführende Einrichtung: Kompetenzzentrum – Trier Center for Digital Humanities (TCDH)

Anzahl der beteiligten Wissenschaftler*innen: 20



Forschungsthema/-gebiet: Die Analyse und Erschließung von verknüpften digitalisierten Datensätzen (Texte, Fotos, Wissen), sog. Linked Open Data (LOD), für unterschiedliche Teilbereiche der Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften

Drei spannende Forschungsfragen:

- Wie haben Menschen in Vergangenheit und Gegenwart über Pandemien gesprochen?
- Wie können wir generative Sprachmodelle (wie ChatGPT) für die semantische Erschließung von Texten und Bildern auf Weinetiketten nutzen?
- Welche Forschungsthemen haben in den letzten Jahren in China besonders Konjunktur gehabt?

Unser Ziel: Wir möchten zeigen, dass Linked Open Data geisteswissenschaftliche Forschung voranbringt!

Forschungsmethoden/-theorie: Maschinelles Lernen, Information Retrieval, Datenerschließung, Linked Open Data

Warum wir uns mit der Thematik beschäftigen: Wir sind davon überzeugt, dass Linked Open Data gerade auch in Kombination mit großen Sprachmodellen ein Zukunftsthema für die Geisteswissenschaften sind.

Das haben wir konkret vor:

In sieben interdisziplinären Teilprojekten setzen wir Linked Open Data ein, um Daten zu modellieren, zu vernetzen, und zu analysieren. Wir etablieren außerdem ein LOD-Netzwerk an der Universität Trier.

Ein Beispielprojekt: Wir digitalisieren aktuelle und historische Weinetiketten und beschreiben mit großen Sprachmodellen die enthaltenen textuellen und bildlichen Inhalte. Dann modellieren wir die gesammelten Informationen in einer Wikibase-Instanz als Linked Open Data. Den entstehenden Datenbestand machen wir öffentlich verfügbar, sodass wir und andere ihn visualisieren, kartieren und analysieren können.

Das machen wir anders als andere: Wir verstehen LODiG wesentlich auch als ein Vorhaben, in dem Kompetenzen geteilt, entwickelt und vertieft werden können.

Unsere besondere Stärke in Trier: Die LOD als übergreifendes methodisches Paradigma fungieren als Verbindungsglied zwischen allen beteiligten Forschenden und ihren Fachkulturen.



Digitale Souveränität Europas (DigitS EU)

Beteiligte Fächer: Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Computerlinguistik, Medienwissenschaft, Politikwissenschaft, Sinologie

Sprecher*innen: Prof. Dr. Antje von Ungern-Sternberg, Prof. Dr. Benjamin Raue (beide Rechtswissenschaft)

Federführende Einrichtung: Institut für Recht und Digitalisierung Trier (IRDT)

Anzahl der beteiligten Wissenschaftler*innen: 11

Forschungsthema/-gebiet: Europäische Digitalordnung (u. a. Digital Service Act, Digital Markets Act, AI Act).

Drei spannende Forschungsfragen:

- Wie positioniert sich die EU mit ihrer Digitalordnung gegenüber anderen Ländern?
- Wie können Menschen vor Hass und Hetze im Netz geschützt werden?
- Dürfen Online-Plattformen eigene Standards setzen und gewisse Inhalte verbieten?

Unser Ziel: Den Gesetzgeber auf möglichen Reformbedarf hinweisen und die bestehenden Regelungen für eine Praxisanwendung auslegen.

Forschungsmethoden/-theorie: Analyse und Bewertung von Gesetzestexten, Simulationen und Modellierung zu Social Media und Online-Plattformen.

Warum wir uns mit der Thematik beschäftigen: Europa möchte einen eigenen digitalen Weg gehen und weder eine „Laissez-Faire“-Politik wie in den USA fahren noch eine übermäßige Kontrolle wie in China. Neue Potenziale sollen genutzt werden, gleichzeitig müssen aber Grundrechte und Staatsprinzipien geschützt werden.

Das haben wir konkret vor: Forschung zum digitalen Rechtsraum der EU (z. B. Künstliche Intelligenz, Desinformation und Deepfakes), zur Online-Meinungsbildung und den Folgen für die Demokratie (z. B. Algorithmen auf Social Media) sowie zur Konkurrenz der Systeme (z. B. Kontrolle der digitalen Kommunikation in China).

Ein Beispielprojekt: Mithilfe von Künstlicher Intelligenz wird eine Plattform geschaffen, die Inhalte auf Social Media simuliert. Menschliche Proband*innen bewerten Inhalte auf der nachgebauten Plattform. So kann etwa die Frage geklärt werden, ob sich Filterblasen auf die Meinungsbildung und die Demokratie auswirken.

Das machen wir anders als andere: Die Bewertung der Gesetzgebung erfolgt auch aufgrund von Ergebnissen eigener empirischer Forschung zu Social Media und anderen Digitalplattformen. So kann eine fundierte Einschätzung gegeben werden, ob die Regulierung an der richtigen Stelle ansetzt.

Unsere besondere Stärke in Trier: Als eine der ersten haben wir uns – auch interdisziplinär – mit Digitalisierung beschäftigt. Zudem haben wir besondere Expertise im Bereich Medien und Kommunikation in China.

Sicherung nachhaltiger Umwelt-Mensch-Beziehungen durch den Einsatz von Mikrosimulationsmethoden

Beteiligte Fächer: Biogeographie, Geoinformatics
- Spatial Data Science, Hydrologie, Mathematik,
Umweltfernerkundung und Geoinformatik, Volks-
wirtschaftslehre

Sprecher*innen: Prof. Dr. Ralf Münnich

Federführende Einrichtung: Professur für Wirt-
schafts- und Sozialstatistik (Fachbereich IV)

Anzahl der beteiligten Wissenschaftler*innen: 12



Forschungsthema/-gebiet: Interdisziplinäre Mikro-
simulationen zur Messung/Prognose des Wohl-
ergehens (Well-beings) unter Berücksichtigung von
Biodiversität sowie Energie- und Wasserversorgung

Drei spannende Forschungsfragen:

- Wie können wir eine nachhaltige Trinkwasser-
bewirtschaftung gestalten?
- Wie können wir ein hochauflösendes Biodiver-
sitätsmonitoring aufbauen und damit urbane
Biodiversität und ihren Einfluss auf die Lebens-
qualität messen und prognostizieren?
- Wie können wir moderne Datenquellen wie
Fernerkundungsdaten in Mikrosimulationen
integrieren?

Unser Ziel: Ziel ist die Erstellung eines digitalen
Zwillings Deutschlands mit zahlreichen sozio-de-
mographischen, ökonomischen und ökologischen
Variablen und dessen Nutzung zur Analyse diverser
Entwicklungsszenarien.

Forschungsmethoden/-theorie: Moderne Metho-
den der beteiligten Fächer, vor allem mathematisch-
statistische sowie geoinformatische

Warum wir uns mit der Thematik beschäftigen:
Um den gesellschaftlichen Herausforderungen
erfolgreich begegnen zu können, ist eine evidenzba-
sierte Politik essentiell. Mit Hilfe moderner

Mikrosimulationen versuchen wir Lösungsansätze
zu liefern.

Das haben wir konkret vor: Wir möchten ein
Mikrosimulations-Datenzentrum aufbauen und
Drittmittel-Projekte einwerben, insbesondere eine
DFG-Forschungsgruppe zum Thema Biodiversität.

Ein Beispielprojekt: An über ganz Trier verteilten
Standorten wird die lokale Artenvielfalt mit Umwelt-
DNA-Verfahren gemessen. Mit Künstlicher Intelli-
genz, Machine Learning und statistischen Methoden
werden aus Geodaten und Luftbildern hochauf-
gelöste Biodiversitätskarten für Trier abgeleitet, mit
denen die Wechselwirkung zwischen Well-being
und Biodiversität analysiert werden.

Das machen wir anders als andere: Die Einbettung
ökologischer Informationen in Mikrosimulationen
und die enge Zusammenarbeit mit der Geoinforma-
tik sind Alleinstellungsmerkmale unseres Verbunds.

Unsere besondere Stärke in Trier: Die interdis-
ziplinäre Gruppe gepaart mit einem großen High
performance computing-Cluster liefert die nötige
Basis, ein so ambitioniertes Mikrosimulationsmodell
aufbauen zu können.



75 Jahre Grundgesetz: von Übergangsverfassung zu Dauerlösung

Drei Forschende der Universität Trier blicken zum Jubiläum der deutschen Verfassung auf aktuelle Fragen zur Demokratie.

Unser Grundgesetz bildet das solide Fundament, auf dem die heutige Bundesrepublik Deutschland aufgebaut ist. Am 23. Mai 1949 wurde dieses in Bonn verkündet und trat am darauffolgenden Tag in Kraft. Die Arbeit am Grundgesetz war das Ergebnis intensiver Beratungen und Diskussionen, an denen 61 Männer und vier Frauen beteiligt waren. Sie formulierten die zentralen Prinzipien unserer Verfassung, die den Grundstein für unsere heutige Demokratie legten. Im Laufe der vergangenen 75 Jahre hat sich das Grundgesetz bewährt und zahlreiche Herausforderungen gemeistert: von der deutschen Wiedervereinigung

bis hin zu aktuellen Debatten um Freiheitsrechte und Gleichberechtigung. Anlässlich dieses besonderen Jubiläums nehmen zwei Wissenschaftlerinnen und ein Wissenschaftler der Universität Trier Stellung zu wichtigen Fragen rund um das Grundgesetz und die Demokratie. Sie beleuchten, ob es einer Volksabstimmung zum Grundgesetz bedurft hätte, warum Menschen antidemokratische Parteien wählen und wie wichtig die Vermittlung von Demokratie in Schulen ist. Diese vielfältigen Perspektiven reflektieren die Relevanz und Bedeutung der demokratischen Grundordnung für die heutige Gesellschaft.

Sozialpsychologie

Prof. Dr. Eva Walther

Die Popularität antidemokratischer Parteien lässt sich aus zwei Perspektiven erklären. Erstere, eher politikwissenschaftliche, beschäftigt sich mit der Frage, was antidemokratische Parteien anbieten, um Wähler und Wählerinnen anzuziehen. Zweitere, eher psychologische Perspektive zielt auf unerfüllte Bedürfnisse ab, die antidemokratische Parteien adressieren.

In unserem Forschungsansatz berücksichtigen wir beide Perspektiven. Daher begreifen wir die Wahl von antidemokratischen Parteien als einen Bewältigungsmechanismus, um mit individuellen oder gruppenbasierten unbefriedigten Bedürfnislagen umzugehen. Antidemokratische Parteien greifen Defizite und Versäumnisse anderer Parteien auf und adressieren in ihrer politischen Agenda die unbefriedigten Grundbedürfnisse nach Wertschätzung, ökonomischer Sicherheit, Vertrauen und Kontrolle. Beispielsweise fühlen sich manche Gruppen der Mehrheitsgesellschaft durch verstärkte Gleichstellung und Modernisierung, aber auch durch Liberalisierung der Gesellschaft in ihrem Status und in ihrer Wertschätzung bedroht. Rechtsaußen Parteien wie die AfD greifen diese Bedürfnisse auf und signalisieren Möglichkeiten der Selbstaufwertung beispielsweise durch Nationalismus. Auch rassistische Vorurteile erfüllen diesen Zweck.

Die Höherbewertung der eigenen Person durch die nationale Zugehörigkeit geht aber zu Lasten von Minderheiten und Personen anderer Nationalität oder Herkunft. Die Abwertung politischer Eliten ist ebenfalls ein Teil antidemokratischer Propaganda. Diese Abwertung zielt auf das Gefühl von Selbstwirksamkeit einerseits und Schuldzuweisung für eigene Missstände andererseits.



Wieso wählen Menschen antidemokratische Parteien?

Politikwissenschaft

Prof. Dr. Claudia Ritzi



Hätte es eine Volksabstimmung über das Grundgesetz gebraucht?

Wenn sich ein Provisorium bewährt, bleibt es oft weit länger als ursprünglich geplant im Einsatz. Dies gilt, in gewisser Weise, auch für das Grundgesetz. Bis heute haben die Deutschen nicht über ihre Verfassung abgestimmt, trotzdem hat sich das Grundgesetz von einer Übergangsverfassung zur erfolgreichen „Dauerlösung“ entwickelt. Dabei genießt es ein hohes Ansehen in der Bevölkerung, dennoch hätte Deutschland von einer Verfassungsreform im Kontext der Wiedervereinigung profitieren können.

Im Jahr 1949 war eine Volksabstimmung über die neue Verfassung nicht vorgesehen. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates betrachteten das Grundgesetz ohnehin als Übergangslösung. Sie verankerten das Ziel der Wiedervereinigung explizit in der Präambel des Verfassungstextes – und damit auch die Hoffnung auf eine spätere Diskussion darüber, ob diese oder eine neue Verfassung für das geeinte Deutschland gelten sollte.

Mit dem Ende der DDR war dieser Zeitpunkt gekommen. Alternativ zum Beitritt der ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes hätten die Deutschen die Möglichkeit gehabt, sich eine neue, gesamtdeutsche Verfassung zu geben. Die politischen Eliten lehnten dies ab, da sich das Grundgesetz bewährt hatte, da es schon damals – auch in den neuen Ländern – hohes Ansehen genoss, und weil die Wiedervereinigung möglichst schnell vollzogen werden sollte.

Rückblickend ist dies jedoch, trotz aller Qualitäten des Grundgesetzes, als vertane Chance zu werten: Eine gemeinsame Verfassungsdiskussion hätte nicht nur die Bedeutung der neuen Länder für Deutschland anerkannt und diese symbolisch zum Ausdruck gebracht, sondern es wäre auch eine gute Gelegenheit gewesen, um die Verfassung politisch zu reformieren – beispielsweise standen Themen wie Umweltschutz schon damals auf der Agenda. Ebenso hätte sich dies als Möglichkeit geboten, das Grundgesetz vom Volk bestätigen zu lassen und damit die Identität des geeinten Deutschlands zu stärken.

Didaktik der Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Matthias Busch

„Demokraten fallen nicht vom Himmel“, wusste schon der Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg. Demokratie bedarf einer Überlieferung von Generation zu Generation: Demokratische Kompetenzen, Werte und Prinzipien müssen gelernt werden.


Schule kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu, da Schulen als einzige zentrale Instanz der Sozialisation alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen oder familiären Herkunft erreicht. In ihr wird über, durch und für die Demokratie gelernt: In einem sicheren Raum können Lernende demokratische Beteiligung erproben und Selbstwirksamkeit erleben. Im fachlichen und fachübergreifenden Lernen können Vertrauen in demokratische Werte und Partizipationsbereitschaft gefördert werden. Ebenso werden wichtige Einsichten in demokratische Verfahren und Herausforderungen gewonnen und eigene Interessen reflektiert.

Dabei sichert Demokratiebildung nicht nur die Zukunft der Demokratie, sondern sie entspricht auch dem grundlegenden Menschenbild demokratischer Gesellschaften: Mündigkeit setzt die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe und Selbstbestimmung voraus. Um dem gerecht zu werden, sind Schulen durch die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet, Lernende an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen.

Selbstverständlich können Schülerinnen und Schüler nicht in allen Fragen mitbestimmen. Schule ist keine basisdemokratische Organisation. Hierarchien und Machtasymmetrien sind aber nicht per se undemokratisch. Werden entsprechende Verhältnisse transparent gemacht und ihre demokratische Legitimation und Veränderlichkeit reflektiert, kann ein angemessenes Verständnis von moderner Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wachsen. Demokratiebildung ist deshalb eine gesetzliche Verpflichtung von Schule und Unterricht und eine anspruchsvolle Qualifikationsaufgabe der Lehramtsbildung.



Warum ist es wichtig, Demokratie in der Schule zu vermitteln?



Europa steht vor großen Herausforderungen

Bei der EU-Wahl haben europaskeptische Parteien deutlich zugelegt. Wie ist die Stimmung in den Mitgliedsländern? Und wo bewegen wir uns in den kommenden fünf Jahren hin?

„Wenn wir Angst um Europa haben, sollten wir nicht nur nach Brüssel schauen, sondern auch in die einzelnen Mitgliedsstaaten“, ist sich Joachim Schild, Politikwissenschaftsprofessor der Universität Trier, sicher. Denn noch entscheidender für die weitere Entwicklung Europas als das EU-Wahlergebnis sei, wie sich die Politik in den Nationalstaaten entwickelt. Gerade wenn in den Regierungen der europäischen Schwergewichte – wie Frankreich – nationalistische Parteien die Führung übernehmen würden, ist die europäische Integration hochgradig gefährdet. Bereits in der Vergangenheit habe man gesehen, welche Schwierigkeiten Blockaden einzelner Mit-

gliedsstaaten bereiten können. Als Beispiel nennt Schild Viktor Orbán in Ungarn, der „die EU von innen aushöhlt“. Das wird erst dadurch möglich, dass wichtige Entscheidungen von allen Mitgliedsstaaten einstimmig getroffen werden müssen. „Europa steht sich selbst mit der Status-quo-Orientierung und der Einstimmigkeit in der Einstimmigkeit im Weg“, fasst der Trierer Politikwissenschaftler zusammen.

Mit den deutlichen Stimmenzuwächsen bei der Europawahl von Rechtsaußen-Parteien wie der deutschen AfD oder des französischen Rassemblement National haben europaskeptische Parteien an Sitzen

gewonnen. Doch Schild möchte nicht alle Rechtsaußen-Parteien über einen Kamm scheren. Vielmehr plädiert er für eine genauere Betrachtung. Während man mit einigen Parteien bei gewissen Themen noch in einen politischen Diskurs gehen kann, behindern andere mit ihrer nationalistischen Politik die EU.

Vier Bewährungsproben für die EU

„Entscheidend für die Entwicklung Europas wird sein, wie viel Geschlossenheit aufgebracht werden kann. Europa steht vor großen Herausforderungen“, sagt der Trierer EU-Experte. Zwar gab es in der Geschichte der EU schon einige Themen wie bei der Positionierung zum Irakkrieg 2003, bei denen große Uneinigkeit geherrscht hat, dennoch könnten die anstehenden Herausforderungen vielleicht sogar die größten sein. Schild führt hier vier „Bewährungsproben“ für die EU an: Bedeutend sei, wie sich die EU in Bezug auf den Krieg in der Ukraine weiter verhalte. Aber auch wirtschaftlich müsse die EU in den nächsten Jahren Wachstumskräfte freisetzen, um der Konkurrenz aus den dynamischeren Volkswirtschaften der USA und Chinas standhalten zu können. Eng damit verknüpft ist, wie sie die Strategie bei der Dekarbonisierung der Industrie gestalten wird. „Hierbei dürfen nicht zu viele Flurschäden entstehen“, meint Schild. Außerdem müsse Europa lernen, auch verteidigungspolitisch auf eigenen Füßen zu stehen.

„Für viele junge Menschen ist Europa selbstverständlich und sie gelten eher als europafreundlich. Das Paradox ist, dass trotzdem viele bei der EU-Wahl Rechtsaußen-Parteien gewählt haben.“ Einen möglichen Grund sieht Schild in Zukunftsängsten der jüngeren Generation, für die es nicht mehr gewiss sei, dass sie den sozialen Aufstieg erleben. „Die Migrationspolitik ist zudem ein zentrales Mobilisierungsthema. Wenn das Problem unkontrollierter, ungesteuerter Migration nicht gelöst wird, wird es weiter zu einem Erstarken der Rechtsaußen-Parteien kommen“, analysiert Schild.

Europaregionen und Abschottungspolitik

Selbst in Grenzgebieten wie der Großregion Wallonie/Luxemburg/Lothringen/Saarland/Rheinland-Pfalz, die sich selbst gerne als europafreundlich bezeichnen, konnten Rechtsaußen-Parteien Wahlerfolge feiern. Und das, obwohl es zahlreiche Partnerschaften beispielsweise zwischen Städten und eine große Zahl an Grenzgängerinnen und Grenzgängern gibt, die täglich zur Arbeit ins Nachbarland fahren. „Das stärkt natürlich die Europaverbundenheit, aber nichtsdestotrotz sind die Menschen auch in Grenzregionen nicht vor der Idee gefeit, dass in gewissen Maßen eine Abschottungspolitik betrieben werden müsse, um den eigenen Wohlstand zu erhalten.“

Für die Legislaturperiode des neuen EU-Parlaments ist Joachim Schild dennoch zuversichtlich: „Das Wahlergebnis hatte etwas Stabilisierendes. Die Wahl hat insgesamt zu einer soliden parlamentarischen Mehrheit von Parteien geführt, welche die europäische Idee tragen: Die Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen.“

Kontakt

Prof. Dr. Joachim Schild
Politikwissenschaft
Tel. +49 651 201-2124
Mail: schild@uni-trier.de





Italien

Dass Italien sich schon lange fest in Europa verankert sieht, steht außer Frage. Schließlich gehörte Italien zusammen mit Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten zu den Gründerstaaten des europäischen Wirtschaftsraums. Gleichwohl hegen seine Bürgerinnen und Bürger – wie in einer pluralistischen Gesellschaft kaum anders zu erwarten – durchaus verschiedene Wünsche und Erwartungen an die weitere Entwicklung Europas. Man debattiert seine unterschiedlichen Ansichten und Positionen ausgiebig im Kollegen- und Freundeskreis, oftmals auch innerhalb der Familien, ohne sich am Ende grundsätzlich voneinander zu distanzieren.

In Italien war man es schon immer gewohnt, sich mit unterschiedlichen Kulturen auszutauschen und sich mit verschiedenen Meinungen auseinanderzusetzen. Ein Grund dafür mag sicherlich auch die geografische Lage der italienischen Halbinsel sein, wo es seit jeher vor allem entlang der langen Küstenlinien eine beständige Begegnung zahlreicher Kulturen gab.

Kurz gesagt, Europa und die Wahlen zum EU-Parlament waren selbstverständlich nicht nur in den Medien, sondern auch auf den Straßen und im öffentlichen Leben ein rege und demokratisch diskutiertes Thema.

Dr. Mara Onasch (Italienische Philologie und Geschäftsführerin des Italienzentrums)



Polen

Bei der Europawahl im Osten der EU konnten nationalistische, rechtsextreme und europaskeptische Parteien ihr prognostiziertes Ergebnis nicht erreichen und bleiben weit unter den Schätzungen. Erstmals seit über einem Jahrzehnt liegt die Partei des neuen polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk vor der nationalkonservativen PiS von Jarosław Kaczyński, die Europa eher kritisch gegenüber steht. Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2023 konnte sich die proeuropäische Botschaft der Partei zunehmend gegen die europaskeptischen und antideutschen Erzählungen der PiS durchsetzen. Viele Wählerinnen und Wähler waren wohl müde von der europaskeptischen Regierung.

Die Europawahlen stellten für Donald Tusk und die von ihm geführte Regierung eine Art Test dar. Die Bürgerplattform hat diesen Test bestanden. Auf der anderen Seite erhielten die Regierungskoalitionsparteien weniger Unterstützung, was als Warnsignal gelesen werden kann.

Polen ist der fünftstärkste Mitgliedstaat und wird in der kommenden Mandatsperiode von 53 Abgeordneten vertreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 41 % – sie war also hoch, vor allem in Anbetracht der EU-Wahlen zwischen 2004 und 2014, als sie unter 25 % blieb. Daraus lässt sich ein gestiegenes Interesse der Polinnen und Polen für Europa ableiten.

Łukasz Mateusz Grzesiak (Slavistik – Lehrkraft für besondere Aufgaben)





Antisemitismus gibt es immer nur bei den anderen

Wie gehen deutsche Parteien mit offenem und verstecktem Antisemitismus in den eigenen Reihen und bei ihren Mitbewerbern um? Bisher gibt es hierzu kaum Forschung. Marc Seul und die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung wollen dies ändern.

Es ist wohl der prominenteste Fall der vergangenen Jahre: Die Süddeutsche Zeitung berichtete mit Berufung auf einen Augenzeugen, dass der aktuelle bayerische Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler) Urheber eines im Schuljahr 1987/88 verfassten Flugblatts mit antisemitischem Inhalt ist. Dieser bestreitet die Vorwürfe. „Sehr früh wurde von Aiwanger alles als Jugendsünde abgetan. Auch zu weiteren möglicherweise antisemitischen Äußerungen in seiner Schulzeit hat er inhaltlich nicht Stellung bezogen. Zwar hat er sich bei den Opfern des Holocausts und den Hinterbliebenen entschuldigt, aber weder hat eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Kritik bei Aiwanger stattgefunden, noch wurden von seiner Partei oder dem Koalitionspartner CSU Konsequenzen gezogen“, analysiert Marc Seul. Der Masterstudent der Politikwissenschaft forscht im Rahmen der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA) an der Universität Trier zu Antisemitismus und deutschen Parteien. In den vergangenen Jahren hat er sich eine beachtliche Expertise auf diesem Forschungsgebiet erarbeitet – unter

anderem auch durch eine von der IIA und der Politikwissenschaftlerin Dr. Anna-Sophie Heinze (Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung) organisierten Tagung zu dem Thema. Sind antisemitische Äußerungen von Politikerinnen und Politikern Einzelfälle oder sind antisemitische Vorstellungen eventuell in den Parteien doch verbreiteter, aber verdeckt? Wie gehen Parteien mit Antisemitismus um? Das sind Fragen, die Marc Seul interessieren.

Andere Forschende haben bisher den Umgang mit Antisemitismus in einzelnen Parteien beleuchtet. Oft sind es jedoch Einzelfall-Analysen, die aufgrund unterschiedlicher Schwerpunkte keinen Vergleich zwischen den Parteien und keine Aussagen über die Dynamiken des parteipolitischen Diskurses über Antisemitismus ermöglichen. Als Thema einer potenziellen Doktorarbeit möchte Marc Seul eine solche komparatistische Untersuchung in Angriff nehmen. Hierfür hat er schon jetzt etliche Quellen zusammengetragen. „Es gibt in Deutschland – mit Ausnahme der AfD – keine elektoral erfolgreiche Partei, die mit



Für ihre Projekte hat die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung der Universität Trier eine Förderung in Höhe von 160.000 Euro vom Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit und dem rheinland-pfälzischen Landtag erhalten.
Foto: Landtag Rheinland-Pfalz

antisemitischen Ressentiments Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren versucht. Man findet keine expliziten antisemitischen Äußerungen in den Programmen.“ Allerdings komme es vor, dass in Aussagen von Politikerinnen und Politikern latent Antisemitismus mitschwingt und dies weitgehend toleriert werde. Dies will Seul genauer unter die Lupe nehmen. Was er vor allem auch untersuchen will, sind die Reaktionen der Parteien darauf. Wird offen und kritisch über solche Äußerungen diskutiert oder eher unter den Teppich gekehrt? Können Personen mit latenten antisemitischen Einstellungen innerhalb der Parteien aufsteigen? Gibt es parteiinterne Verfahren, die bei schwereren Fällen zum Parteiausschluss führen können?

Nach Einschätzung des Trierer Politikwissenschaftlers haben die meisten Parteien bislang die interne Auseinandersetzung über Antisemitismus in den eigenen Reihen gemieden. Mit am weitesten sei vielleicht die FDP nach dem Skandal um Jürgen Möllemann. Vor dem Hintergrund der Zweiten Intifada im Jahr 2002 hatte der damalige stellvertretende Vorsitzende der FPD Verständnis für Selbstmordattentate auf Israelis geäußert und sich schützend vor einen Parteikollegen gestellt, der Israel mit dem NS-Regime gleichgesetzt hatte. Daraufhin hätten sich zumindest

Teile der Partei intensiver mit Antisemitismus auseinandergesetzt, so Marc Seul. Auch die Grünen seien schon einen Schritt weiter als andere Parteien, in dem die Partei eine Abgeordnete benannt hat, die sich speziell mit Antisemitismus-Fragen beschäftigt. „Oft sind Parteien aber schnell dabei, bei Antisemitismus auf die anderen zu zeigen: Antisemitismus kommt bei den anderen vor, aber nicht bei uns“, stellt Seul heraus.

Oft werde von Kritisierten auch einfach gesagt: ‚Ich bin doch kein Nazi.‘ „Aber es gibt eben viele Formen antisemitischer Einstellungen. Nur weil eine Äußerung nicht offen zur Gewalt gegen Juden aufruft, heißt das nicht, dass sie frei von Antisemitismus sein muss“, stellt Seul klar. Als Beispiel nennt der Politikwissenschaftler die Debatte um Antisemitismus auf der Kunstaussstellung documenta fifteen. Politikerinnen und Politiker hätten hier teilweise nicht klar genug Stellung bezogen und die Antisemitismuskritik abgewehrt statt sie ernst zu nehmen. Diese fehlende Auseinandersetzung könne zu einer Normalisierung des Antisemitismus beitragen, argumentiert Seul. Parteien und Politikerinnen und Politiker hätten daher eine besondere Verantwortung für den Umgang mit Antisemitismus in der gesamten Gesellschaft.



Auf Grundlage ihrer Untersuchungen wollen Marc Seul und die IIA Handlungsempfehlungen geben, wie Parteien mit Antisemitismus umgehen können. „Neben Grundlagenforschung ist uns der Wissenstransfer und die Anwendung für die Praxis sehr wichtig“, betont der Politikwissenschaftler. Es ist ein Ansatz, der vielfach von verschiedenen Stellen finanziell gefördert wurde. Jüngst hat die IIA für ihre Projekte eine Förderung vom Wissenschaftsministerium und dem Landtag Rheinland-Pfalz bekommen. Es ist ein weiterer Schritt, der es den Nachwuchsforschenden vielleicht bald ermöglicht, ein Institut an der Universität Trier zu gründen. Themen gäbe es noch viele, die dringend erforscht werden müssten.

Bei einer gemeinsam vom IIA und Anna-Sophie Heinze (rechts im Bild) organisierten Tagung wurde zu Antisemitismus und Parteien diskutiert.

Aktuelle Projekte der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung

In der 2019 von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegründeten Initiative engagieren sich aktuell sieben Mitglieder. Jährlich veranstalten sie – teils mit Kooperationspartnern – eine Tagung, die Kulturwochen gegen Antisemitismus sowie zahlreiche öffentliche Vorträge. Auch eine beachtliche Zahl an Publikationen kann die Initiative vorweisen. Zurzeit forschen die Mitglieder unter anderem zu folgenden Themen:

- Welche Rolle nimmt Antisemitismus in (post-)kolonialen Diskursen ein? Eine Analyse am Beispiel der Native Americans (Salome Richter)
- Welche Leerstellen der Erinnerungskultur bestehen innerhalb der Institutionen und Akteur:innen des Sports in Deutschland? (Luca Zarbock)
- Wie wird an marginalisierte Gruppen – insbesondere im Hinblick auf jüdisch-weiblich-kommunistischen Widerstand – erinnert? (Luisa Gärtner)
- Promotionsprojekt: Die Staatspolizeistelle Trier. Eine moderne Organisationsgeschichte (Andreas Borsch)
- Promotionsprojekt: Zum Antisemitismus der Neuen Linken - Eine qualitative Untersuchung linker Zeitschriften (Lennard Schmidt)



Werkzeuge, Haarnadeln, Netzsenker oder doch neuzeitliche Abfälle? Ein Forschungsteam der Universität Trier untersucht erstmals systematisch römische Artefakte aus der Mosel.

Trierer Goldrausch und antike „Schätze“

Ein Archäologie-Team der Universität Trier untersucht erstmals systematisch römische Artefakte aus der Mosel. Es handelt sich dabei um eine der größten Sammlungen an Flussfunden weltweit.

Wussten Sie, dass die Trierer Römerbrücke zu den UNESCO-Welterbestätten gehört? Bestimmt. Aber wussten Sie auch, dass nicht nur die Römerbrücke, sondern auch der darunter laufende Fluss eine spannende historische Quelle ist? Ferdinand Heimerl, Juniorprofessor für Provinzialrömische Archäologie, steht am Moselufer und erklärt: „Fotos aus den Sechziger, Siebziger und Achtziger Jahren zeigen, wie die Leute damals in einer wahren Goldgräberstimmung mit ihren Schlauchbooten, Schaufeln und Sieben auf der Mosel unterwegs waren.“ Heute kaum vorzustellen, aber mehrere Niedrigwasser-Perioden in den 1960er bis 1980er-Jahren machten die Suche nach antiken Kostbarkeiten für ganze Familien zur attraktiven Freizeitgestaltung im knietiefen Wasser. Und es gab viel, was die Triererinnen und Trierer rund um die Römerbrücke im Flussbett gefunden haben: Goldmünzen, Statuetten, Metalle oder Alltagsgegenstände aus der römischen Zeit, aber natürlich auch Schätze sowie Müll aus der nicht ganz so fernen Vergangenheit. Seit den frühen 1960er Jahren sollen an der Römerbrücke und weiter flussabwärts über

500.000 römische Münzen entdeckt worden sein.

Während der Großteil der römischen Artefakte direkt am Fundort verkauft wurde oder in private Sammlungen überging, stellt das Rheinische Landesmuseum Trier der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz ausgewählte Glanzstücke in der Dauerausstellung aus. Tausende weitere Objekte standen jedoch jahrzehntelang eingelagert und unbearbeitet in den Kisten der Depots des Landesmuseums. Das Projekt „Rituale, Abfälle und Sammler: neue Ansätze zu römischen Flussfunden“ startete im Februar 2024 und hat sich das Ziel gesetzt, Flussfunde in Deutschland und England überregional zu untersuchen (siehe Infokasten).

Flussfunde in Trier und England

An der Universität Trier und im Rheinischen Landesmuseum Trier untersucht das Trierer Projektteam, bestehend aus Juniorprofessor Ferdinand Heimerl, Julian Geiß und Jasmin Beuren, die in der Mosel



Zeitzeugen gesucht

Haben Sie selbst noch antike Funde aus der Mosel oder wissen von damaligen Suchern? Haben Sie vielleicht noch Aufzeichnungen und Fotos vom „Goldrausch an der Mosel“ oder können Sie sich noch gut an die damalige Zeit erinnern?

Melden Sie sich gerne per Mail an:
landesarchaeologie-trier@gdke.rlp.de

Fotos: GDKE/Rheinisches Landesmuseum Trier

massenhaft gefundenen Stücke, die bisher weder katalogisiert noch vollständig wissenschaftlich bearbeitet sind. Zum ersten Mal nimmt sich das Team um Heimerl der systematischen Analyse des Gesamtbestands der römischen Flussfunde in Trier an. „In den vergangenen sechs Monaten hat unser Team bereits über 2.000 Funde ausgemessen, gewogen, fotografiert, beschrieben und in einer Datenbank erfasst“, erzählt der Projektleiter stolz. Die meisten der Mosel-Funde stammen dabei aus dem 3. und 4. Jahrhundert nach Christus. Zum Vergleich: Im britischen Piercebridge haben Forschende im gesamten Zeitraum von drei Jahren insgesamt etwa 3.600 römische Objekte aus dem nordenglischen Fluss Tees ausgewertet.

Flussfunde spielen im archäologischen Fachgebiet eine wichtige Rolle, sind aber bisher in ihrer Gesamtheit wenig erforscht: „Meist haben Archäologinnen und Archäologen die Geschichte einiger weniger und besonderer Stücke publiziert, aber die römischen Flussfunde kaum als Gesamt-Phänomen im größeren Kontext untersucht“, erklärt das Team den Forschungsbedarf. Wie und warum die Gegenstände in die Mosel gelangten, ist dabei eine der Fragen, die auch Ferdinand Heimerls Team umtreibt: „Während Forschende in England bisher eher davon ausgegangen sind, dass die Objekte im Zusammenhang mit Ritualen oder kultischen Weihungen in die Gewässer gelangten, standen im deutschsprachigen Raum meist rationale Erklärungen wie gesunkenes Beutegut, Hochwasser, Müllentsorgung oder Hangerosionen im Vordergrund.“ In Deutschland und England bestehen unterschiedliche Forschungsstradi-

tionen, sowohl in den archäologischen Theorien als auch bei der Methodik. Mit dem internationalen Kooperationsprojekt sollen die Stärken der britischen und deutschsprachigen Ansätze zusammengeführt werden.

Die Trierer Flussfundkollektion

Mit zur Trierer Flussfundkollektion zählen Alltagsgegenstände aus der Römerzeit, wie Teile von Gürtelschnallen, Pferdegeschirr, Waagen, Schlüssel, Griffel, Schmuck oder Haarnadeln. Auch mittelalterliche, neuzeitliche oder moderne Funde, wie zum Beispiel eine Anstecknadel eines Trierer Karnevalsvereins, sortierte das Team um Heimerl aus den Kisten. Militärische Ausrüstungsgegenstände und unzählige bleierne Netzsinker sowie weitere Buntmetall-, Blei- und Eisenreste liegen ebenfalls zahlreich vor. „Strömungen, Flussbettverlagerungen, Erosionsprozesse aber auch künstliche Einflüsse wie Baggerarbeiten für die Schifffahrtsrinne oder Baumaßnahmen am Ufer könnten Objekte im Fluss ebenfalls verlagert haben“, erklärt Ferdinand Heimerl.

Die Forschungsarbeit für das Trierer Team besteht zunächst daraus, die gefundenen Objekte zu bestimmen. Sind es römische Militaria, Werkzeuge, Abfälle oder doch moderne Metallreste? Dann vergleicht man die Art der Funde aus dem Gewässer mit Grabungsfunden an Land. So haben die Forschenden in Piercebridge signifikante Unterschiede bei den Münzen im Fluss und an Land gefunden. Dazu erklärt Ferdinand Heimerl: „Im Fluss Tees gibt es beispielsweise deutlich mehr Silbermünzen, kleine Blei-

münzen und Miniatur-Objekte als an Land. Unsere englischen Kolleginnen und Kollegen haben daraus geschlossen, dass diese Gegenstände wohl aufgrund von Ritualen in den Fluss gelangten.“

Privatsammlungen und Puzzleteile

Viele Funde in der Mosel kamen durch Ausbaggerungen für die Schifffahrtsrinne oder durch Privatsammler bei Niedrigwasser zu Tage, weshalb es dazu oft keine genaue Dokumentation gibt. Eigentlich greift hier der länderspezifische Denkmalschutz. Allerdings trat das Gesetz in Rheinland-Pfalz erst nach dem sogenannten „Goldrausch von Trier“ 1978 in Kraft. Durch die Goldgräber-Stimmung sind viele der Objekte bis heute in Privatsammlungen und sorgen dafür, dass die Kollektion der Trierer Flussfunde einige Lücken aufweist. Hier ergibt sich ein weiteres Forschungsfeld. Interviews, Zeitzeugenberichte und Foto- sowie Video-Archivmaterial sollen den Forschenden Aufschluss über die Motive und Techniken der Privatsammlerinnen und -sammler geben. Das Forschungsteam der Universität zu Köln konzentriert sich darauf, die privaten Kollektionen als Stichproben des ursprünglichen Gesamtbestandes im Vergleich mit den Museumsbeständen zu untersuchen und dem zeitgeschichtlichen Phänomen des „Goldrausches“ nachzuspüren.

Ferdinand Heimerl und das Projektteam in Trier versprechen sich von den Forschungsarbeiten noch weiterführende Erkenntnisse. Das Projekt arbeitet darauf hin, die Flussfunde nicht nur zu bestimmen, sondern vor allem Erkenntnisse darüber zu erlangen, wie Menschen in der Antike mit ihrer Umwelt interagiert haben. Auch mehr über die Sozialgeschichte des Sammelns zu erfahren, ist ausdrückliches Projektziel. Für die lokale Geschichtsschreibung könnten sich aus den römischen Flussfunden noch viele bisher unbekannte Puzzleteile zusammenfügen: „Die nur bruchstückhaft publizierten Moselfunde bergen großes Potenzial für die Stadtgeschichte Triers“, ist der Juniorprofessor überzeugt.



Im Rheinischen Landesmuseum Trier lagerten die bisher nicht katalogisierten Funde seit dem Trierer Goldrausch, der bis Ende der 1980er-Jahre anhielt. Ein archäologisches Projekt der Universitäten Trier, Köln, Reading und Leicester forscht nun zu den Objekten aus der Mosel.



Rituale, Abfälle und Sammler: neue Ansätze zu römischen Flussfunden

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und das von dem britischen Arts and Humanities Research Council geförderte Projekt soll die derzeitigen Ansätze deutscher und britischer Forschung zu römischen Flussfunden zusammenführen. Dabei arbeitet die Klassische und Provinzialrömische Archäologie der Universität Trier eng mit den Universitäten Reading (GB), Leicester (GB) und Köln sowie der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE) zusammen, um tausende Flussfunde zu untersuchen, die im Rheinischen Landesmuseum aufbewahrt werden. Forschende der Universität zu Köln übernehmen die Aufgabe, private Sammlungen zu erfassen und die Motivation der Sammelnden zu erforschen. Die britischen Archäologinnen und Archäologen der Universitäten Leicester und Reading erarbeiten erstmals eine Gesamtdarstellung aller Flussfunde in Großbritannien, deren Methoden und Techniken die deutschen Forschenden als Referenz nutzen. Ziel des Projektes ist es, eine der größten und vielfältigsten Sammlungen von römischen Flussfunden aus der Mosel bei Trier zu dokumentieren und zu untersuchen, sowohl in der Zusammenstellung als auch in der Sammlungsgeschichte.

Kontakt

JProf. Dr. Ferdinand Heimerl
 Klassische und
 Provinzialrömische Archäologie
 Tel. +49 651 201-2431
 Mail: heimerl@uni-trier.de





Im Jahr 1993 demonstrierten Berliner Frauenorganisationen gegen das vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verkündete Urteil zum § 218 Strafgesetzbuch. Bis heute hält die Debatte um die rechtliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland an. Foto: Bundesregierung, Bernd Kühler

Der lange Weg zur Straffreiheit

Im April empfahl die Expertenkommission der Bundesregierung die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen im ersten Drittel der Schwangerschaft. Prof. Dr. Carina Dorneck forscht an der Universität Trier zu medizinrechtlichen Fragen, auch im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen und Fortpflanzungsmedizin. Wie sie die Empfehlung einschätzt.

Im Recht müssen häufig verschiedene gleichrangige Grundrechte in einen schonenden Ausgleich gebracht werden. Juristinnen und Juristen nennen das praktische Konkordanz. Das klingt theoretisch ganz einfach. Praktisch aber gehen damit hochemotionale, ethische, gesellschaftliche und rechtliche Fragen einher. Insbesondere bei Fragen von Schwangerschaftsabbrüchen ist dies der Fall: Auf der einen Seite steht das Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren und auf der anderen Seite das Lebensrecht - auch des ungeborenen Lebens.

Insgesamt 18 Expertinnen und Experten aus Medizin, Soziologie, Gesundheitswissenschaften, Ethik und Rechtswissenschaften legten im April 2024 einen Bericht zur neuen Regulierung von Schwangerschaftsabbrüchen vor. Die von der Bundesregierung eingesetzte interdisziplinäre Kommission plädierte dafür, das Selbstbestimmungsrecht der Frau stärker als bisher zu berücksichtigen, indem sie eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafge-

setzbuches empfahl. „Das Strafrecht muss – als das schärfste Schwert des Staates – stets Ultima Ratio sein. Schwangerschaftsabbrüche sind aber höchst individuelle Entscheidungen, die das eigene Leben und den eigenen Körper betreffen. Eine Regelung außerhalb des StGB würde diese sehr persönliche Entscheidung entkriminalisieren und so auch enttabuisieren. Daher begrüße ich, wie viele gesellschaftliche Gruppen und auch viele Rechtsexpertinnen und -experten, die Empfehlung der Kommission“, führt Prof. Dr. Carina Dorneck, die seit dem Sommersemester als Rechtswissenschaftlerin an der Universität Trier tätig ist, aus.

Aktuelle Regelung und der Weg dahin

Grundsätzlich rechtswidrig, aber unter bestimmten Voraussetzungen straffrei: So lautet das aktuelle Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch in der Kurzfassung.





Im Strafgesetzbuch ist das der einzige Ausnahmefall, in dem der Gesetzgeber eine Strafflosigkeit bei Rechtswidrigkeit ausdrücklich regelt. Aber wie kam es zu dieser Konstruktion? Paragraph 218 im Strafgesetzbuch sorgte bereits mehrfach in der Historie der Bundesrepublik für Aufsehen. „Zwei entscheidende Urteile des Bundesverfassungsgerichts haben sowohl die gesellschaftliche als auch die rechtliche Debatte geprägt“, fasst Carina Dorneck zusammen.

Die aktuelle rechtliche Regelung basiert auf einer 1974 verabschiedeten Reform des Gesetzes von SPD und FDP, die den Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche erlauben sollte. Nach Klagen von fünf konservativen Landesregierungen entschied das höchste deutsche Gericht, dass die sogenannte Fristenregelung verfassungswidrig sei, da sie dem Recht auf Leben (Art. 2 GG) nicht entspreche. „Daraufhin wurde 1976 die sogenannte Indikationsregelung eingeführt. Der Schwangerschaftsabbruch blieb verboten, es sei denn, es wurde eine medizinische, eugenische, soziale oder kriminologische Indikation gestellt“, so die Expertin.

Weiteres Reformpotential ergab sich durch die Wiedervereinigung. In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) war es legal, bis zur zwölften Woche eine „Unterbrechung der Schwangerschaft in eigener Verantwortung“ zu entscheiden. Das Gesetz wurde aber mit dem Einigungsvertrag 1990 aufgehoben. Das Schwangeren- und Familienhilfegesetz sollte 1992 erneut die Straffreiheit eines Abbruchs regeln, jetzt kombiniert mit einer Beratungspflicht. Bevor die Novelle jedoch in Kraft treten konnte, rief ein Antrag der bayrischen Staatsregierung das Bundesverfassungsgericht auf den Plan. Und auch dieses Mal urteilte das Gericht, dass das grundsätzliche Verbot eines Schwangerschaftsabbruchs bestehen bleiben müsse. „In der Urteilsbegründung bekräftigte das Bundesverfassungsgericht jedoch die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur zwölften Woche und empfahl ein Schutzprinzip, das auf einer präventiven Beratung fußt. Der Gesetzgeber setzte diese Vorgaben in Paragraph 218a um und schuf damit

Strafgesetzbuch (StGB)

§ 218 Schwangerschaftsabbruch

(1) Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Handlungen, deren Wirkung vor Abschluß der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter eintritt, gelten nicht als Schwangerschaftsabbruch im Sinne dieses Gesetzes.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. gegen den Willen der Schwangeren handelt oder
2. leichtfertig die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung der Schwangeren verursacht.

(3) Begeht die Schwangere die Tat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

(4) Der Versuch ist strafbar. Die Schwangere wird nicht wegen Versuchs bestraft.



die Norm, wie wir sie heute kennen“, erläutert Dorneck die Entscheidung.

Eine Neuregelung außerhalb des StGB?

Eine Neuregelung des rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruchs sollte der Gesetzgeber nun außerhalb des StGB ausgestalten, so die Kommission. Dem Gesetzgeber steht hierbei ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Wie dieser aussehen könnte, erklärt Carina Dorneck so: „Der Regelfall, also der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen durchgeführt von medizinischem

Personal, würde dann in Paragraph 218 und 218a gestrichen. Eine neue Regelung sollte dann das Recht auf einen straflosen Schwangerschaftsabbruch in der Frühphase sicherstellen.“ Das Strafrecht könne aber weiterhin gewisse Formen von Schwangerschaftsabbrüchen als Straftatbestände regeln. Zum Beispiel, wenn der Abbruch gegen den Willen der Schwangeren vorgenommen, er in der Spätphase erfolgt oder durch nicht medizinisch Ausgebildete ausgeführt wird. Besonders häufig als defizitär betrachtet wird zudem das Beratungsmodell. Die Beratung, die mindestens drei Tage vor dem Abbruch stattfinden muss und zu der die Schwangere verpflichtet ist, hat nur

Strafgesetzbuch (StGB)

§ 218a Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs

(1) Der Tatbestand des § 218 ist nicht verwirklicht, wenn

1. die Schwangere den Schwangerschaftsabbruch verlangt und dem Arzt durch eine Bescheinigung nach § 219 Abs. 2 Satz 2 nachgewiesen hat, daß sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen,
2. der Schwangerschaftsabbruch von einem Arzt vorgenommen wird und
3. seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind.

(2) Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht rechtswidrig, wenn der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden, und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann.

(3) Die Voraussetzungen des Absatzes 2 gelten bei einem Schwangerschaftsabbruch, der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommen wird, auch als erfüllt, wenn nach ärztlicher Erkenntnis an der Schwangeren eine rechtswidrige Tat nach den §§ 176 bis 178 des Strafgesetzbuches begangen worden ist, dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß die Schwangerschaft auf der Tat beruht, und seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind.

(4) Die Schwangere ist nicht nach § 218 strafbar, wenn der Schwangerschaftsabbruch nach Beratung (§ 219) von einem Arzt vorgenommen worden ist und seit der Empfängnis nicht mehr als zweiundzwanzig Wochen verstrichen sind. Das Gericht kann von Strafe nach § 218 absehen, wenn die Schwangere sich zur Zeit des Eingriffs in besonderer Bedrängnis befunden hat.



einen geringen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen den Abbruch. Das zeigten bereits eine empirische Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus dem Jahr 2016 sowie eine 2023 erschienene Studie gefördert durch das Gesundheitsministerium. Carina Dorneck und viele weitere juristischen Expertinnen und Experten fordern eine neutrale, ergebnisoffene Beratung: „Es ist zunächst einmal wichtig, dass die Schwangere mit Wissen versorgt wird, welche Hilfen, Beratungsangebote, finanziellen Mittel und auch Betreuungsangebote es während der Schwangerschaft, bei der Entscheidung zum Abbruch oder nach der möglichen Geburt des Kindes gibt. Stigmatisierung oder Druck sind hier nicht mit dem Grundrecht auf Selbstbestimmung zu vereinbaren“, erklärt die Expertin. Grundsätzlich dürfe eine Pflicht auf Beratung aber bestehen bleiben, sofern die Beratung ergebnisoffen erfolgt. Die Bedenkzeit von drei Tagen sei jedoch umstritten, da es keine medizinische, psychologische oder andere empirische Grundlage dafür gebe.

„Die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ist zentral, um Stigmatisierungseffekte zu vermindern und sowie letztlich auch die gesellschaftlichen Tabus aufzubrechen. Da kann eine Regelung außerhalb des StGB helfen“, meint Dorneck. Zwei zentrale Probleme jedoch bleiben. Zum einen kann es nach der Empfehlung der Kommission noch dauern, bis sich ein neuer Gesetzesvorschlag politisch durchsetzt. Zum anderen hilft es allein nicht, Stigmatisierungseffekte zu vermindern, denn die defizitäre Versorgungslage ist nicht nur in der Region Trier problematisch. Insbesondere in vielen ländlichen Regionen bleiben die Wege zum nächsten behandelnden Krankenhaus oder zu Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, lang.



Forschungsfeld

Carina Dorneck forscht insbesondere im Bereich des Medizinrechts: Von Reproduktionsrechten, wie etwa den rechtlichen Fragestellungen bei In-vitro-Fertilisationen und künstlichen Befruchtungen über die Leih- und Ersatzmutterschaft bis hin zum Einsatz von KI bei der Embryoselektion stellt sich die Rechtswissenschaftlerin unterschiedlichen medizinrechtlichen Fragestellungen. Auch die Rechtsfragen am Ende des menschlichen Lebens beschäftigen die Strafrechtlerin, vor allem die Frage nach der rechtlichen Ausgestaltung der Sterbehilfe. Sie forscht dabei interdisziplinär und bezieht auch den Blick ins Ausland mit ein.

Kontakt

Prof. Dr. Carina Dorneck
Strafrecht
Tel. +49 651 201-2570
Mail: dorneck@uni-trier.de

Immanuel Kant: Ein Philosoph für die Gegenwart?

Der führende Denker der Aufklärung hat bis heute Einfluss auf Forschungsgebiete und zentrale Lebensbereiche. Wie die Kant-Forschungsstelle an der Universität Trier das Lebenswerk des Philosophen 300 Jahre nach seiner Geburt betrachtet.

Angesichts eskalierender Kriege und Konflikte, gesellschaftlicher Zerreißproben und den neuen – auch ethischen – Herausforderungen durch technologischen Wandel lohnt sich ein Blick auf Kants Strahlkraft in unterschiedlichen Disziplinen. „Ausgehend von Kants Verständnis von Freiheit und seinem Grundverständnis vom Menschen können wir zu heutigen Veränderungen in der Gesellschaft sehr gut philosophisch Stellung nehmen“, beschreibt Prof. Dr. Kristina Engelhard die Bedeutung des am 22. April 1724 geborenen Aufklärers.

„Dabei geht es uns in der Kant-Forschungsstelle gar nicht um einen Personenkult“, stellt die Leiterin der wissenschaftlichen Einrichtung klar. An der Universität Trier befassen sich derzeit insgesamt sieben Mitarbeitende mit editorischen, historischen Projekten zur Philosophie Kants. Aber auch weitere philosophische Themen des 17. und 18. Jahrhunderts sowie der in der Nachfolge Kants stehenden klassischen deutschen Philosophie und ihren Wirkungsgeschichten stehen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. „Kants Vorstellung von Aufklärung war in Preußen bereits im 18. Jahrhundert einflussreich. Wir in der Kant-Forschungsstelle betreiben aber nicht nur historisierende Kontextualisierung, sondern stellen uns auch die Frage, was Kants Ideen zur gegenwärtigen Philosophie beizutragen haben“, erklärt die Philosophie-Professorin.

Mit seiner Schrift „Kritik der reinen Vernunft“, 1781 zuerst erschienen, hatte er die Philosophie revolutioniert. Das Werk ist bis heute eines der wichtigsten in der Philosophie-Geschichte und gilt als Hauptwerk des Professors aus Königsberg. „Kant hat mit dem Erscheinen dieses Werkes die damalige Paradedisziplin

der Philosophie, die Metaphysik seiner Zeit, regelrecht vernichtet. Zunächst waren die Rezensionen für das Werk, das der Frage nachgeht, welchen Beitrag unser Erkenntnisvermögen zu unseren Erkenntnissen leistet, und was dies für unsere Erkenntnisinhalte bedeutet, jedoch verhalten“, ordnet Kristina Engelhard ein. „Das liegt vermutlich auch an der Sperrigkeit des Textes – das Werk des Philosophen ist alles andere als einfach zugänglich und wurde erst drei Jahre später wirklich rezensiert.“

Unsere Rechtsauffassung, das Verständnis von Moral, gesellschaftliche und politische Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht oder die Idee des Völkerbunds: Kants Schriften haben auch 300 Jahre nach seiner Geburt Einfluss auf unseren Alltag.



„Trier ist nicht Königsberg“: Warum eine Kant-Forschungsstelle in Trier?

Die Kant-Forschungsstelle Trier geht zurück auf die „Arbeitsstelle Kant-Index“, die Pionierarbeit zum Arbeitsfeld des heutigen Faches Digital Humanities leistete. Damals waren die digitale Erfassung und Erschließung der Werke Kants das Ziel der Arbeitsstelle. 2004 gründete Bernd Dörflinger die „Kant-Forschungsstelle Trier“. Seitdem versteht sie sich als eine offene Forschungseinrichtung zum Werk Immanuel Kants sowie seiner Vorläufer und Nachfolger. Die Arbeit der Trierer Kant-Forschungsstelle zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass sie Kants Philosophie als Inspirationsquelle und Ausgangspunkt für die innovative Theoriebildung zu aktuellen Fragestellungen der Philosophie nutzt. Zum Beispiel zu Kausalität und Naturgesetzen, zu Möglichkeit und Notwendigkeit, und zu kognitiven Fähigkeiten. Seit 2023 ist die Herausgeberschaft des Kant Yearbook an die Kant-Forschungsstelle Trier geknüpft.



Kants Lebenswerk beeinflusst nicht nur die Forschung zu philosophischen Theorien in der theoretischen und praktischen Philosophie an der Trierer Kant-Forschungsstelle, sondern wirkt bis heute auch als zentrale Quelle für die Reflexion über Freiheit, Verantwortung und die Gestaltung einer gerechten Welt. „Kant bietet mit seinen Erkenntnissen im 21. Jahrhundert eine fruchtbare Basis, aktuelles Weltgeschehen einzuordnen. Gleichzeitig gibt uns das für unsere philosophische Forschung ebenfalls neue Ansatzpunkte“, fasst die Trierer Philosophie-Professorin zusammen. In den letzten zwanzig Jahren etwa haben sich noch weitere Forschungsgebiete außer Kants Ethik- und Moralphilosophie hervorgetan. In der Kant-Forschungsstelle beschäftigen sich Kristina Engelhard und ihr Team seit einigen Jahren mit Kants früheren Schriften, die im starken Zusammenhang mit den Naturwissenschaften, insbesondere der Physik stehen. „Isaac Newton hatte einen zentralen Einfluss auf Kants frühe Werke und auch auf seine zentralen Kategorien wie Raum, Zeit und Kausalität. Das wiederum hat natürlich Folgen für unsere heutige Arbeit und letztlich auch die Grenzen des wissenschaftlichen Wissens“, führt Engelhard aus. Auch nach 300 Jahren bleibt Kant für die Forschungsgemeinschaft sowie unser Alltagsleben relevant.



Selbstbestimmt leben

Für die Öffentlichkeit des späten 18. Jahrhunderts war der wohl bekannteste Essay des Philosophen „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ zunächst viel relevanter als seine Hauptschrift die „Kritik der reinen Vernunft“. Der Essay erschien 1784 in der „Berlinischen Monatsschrift“. Als Sprachrohr der Berliner Mittwochsgesellschaft, einer adlig-bürgerlichen Reformbewegung, beeinflusste die Zeitschrift die Debatte um Aufklärung in Preußen entscheidend. Wissen statt Aberglaube, begründete Urteile statt Vorurteile: Viele neue Ideen standen zur Debatte. Immanuel Kant hat mit der Veröffentlichung des Essays zugleich den Slogan der Aufklärung erschaffen:

„Sapere aude! Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“

Auch heute ist die zentrale Forderung der Aufklärung, selbstständig zu denken, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen und nicht blind Autoritäten zu folgen relevant: „Egal ob bei Fake News, in unterdrückten Gesellschaften oder durch Populismus: Wir sind heute genauso gefordert, mündige Bürgerinnen und Bürger zu sein, wie damals zur Zeit der Aufklärung“, ist Kristina Engelhard überzeugt.

Moralisch handeln

Kants kategorischer Imperativ – wir sollen so handeln, dass die Maximen unserer Handlungen zu allgemeinen Gesetzen werden können – bietet auch heute einen verlässlichen moralischen Kompass. Unterschiedliche Kulturen, Religionen und Überzeugungen prallen in unserer globalisierten Welt häufig aufeinander. „Hier bietet Kants Ethik eine Möglichkeit, moralische Prinzipien zu finden, die für alle Menschen gelten könnten. Ein lebensnahes Beispiel sind Steuern. Wir sollten erkennen, was gerecht ist und dabei moralisches Handeln über unsere individuelle Präferenzen stellen“, erklärt die Leiterin der Kant-Forschungsstelle in Trier.

1724 • Geboren:
22. April in
Königsberg
(Preußen)

1740 • Beginn des Studiums
an der Albertus-Uni-
versität Königsberg

1755 • Promotion
(Abschlussarbeit:
De Igne)

1770 • Annahme des Rufs
der Universität Kö-
nigsberg | Professor
für Logik und Meta-
physik

1781 • Kritik der
reinen
Vernunft,
1. Auflage

Erkenntnistheorie und die Grenzen des Wissens

In „Kritik der reinen Vernunft“ stellt Immanuel Kant eine bahnbrechende Untersuchung der Bedingungen menschlicher Erkenntnis dar. Seine Einsicht, dass unsere Wahrnehmung und unser Wissen immer durch die Strukturen unseres Denkens und unserer Sinne vermittelt sind, mahnt uns zur Bescheidenheit und Selbstreflexion. In der heutigen Wissenschaft und Technologie, wo Wissen und Daten in nie dagewesenem Umfang verfügbar sind, bleibt Kants Frage nach den Grenzen unseres Wissens von zentraler Bedeutung.

Rechtsphilosophie

Sowohl im ersten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als auch im ersten Artikel des Grundgesetzes findet sich Kants Idee der Würde des Menschen. Als vernunftfähige Wesen verfügen alle Menschen über Würde. Würde ist dabei ein absoluter Wert und ist unabhängig von Alter, Krankheit, sozialem Status und sogar davon, ob wir tatsächlich vernünftig handeln. „Der Gedanke, dass alle Menschen gleichermaßen Würde besitzen, war im 18. Jahrhundert keineswegs verbreitet. Heute bildet diese Vorstellung das Fundament moderner Menschenrechte und demokratischer Prinzipien“, erklärt die Philosophie-Professorin. Angesichts aktueller Debatten über Menschenrechte, Migration, und soziale Gerechtigkeit ist Kants Ethik ein wichtiger Bezugspunkt, um die universelle Gültigkeit und Unveräußerlichkeit dieser Rechte zu verteidigen.

Gesellschaft und Staat

Die Vorstellung, die Kant in seiner berühmtesten Schrift prägte, nämlich, dass wir als Menschen selbstdenkende und freie Individuen sind, war für die damalige Zeit revolutionär. Dass wir heute ein Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und viele weitere Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft schätzen und leben, geht maßgeblich auf die Zeit der Aufklärung zurück. Immanuel Kants Vorstellung von Staat und Gesellschaft beruht auf der Idee der autonomen Vernunft des Individuums. Der Staat, so Kant, sollte nicht durch Zwang, sondern durch die Vernunft seiner Bürgerinnen und Bürger getragen werden. Freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sind keine Geschenke an Untertanen, sondern notwendige Voraussetzungen für eine bürgerliche Gesellschaftsordnung und Frieden.

1784

Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?

1788

Kritik der praktischen Vernunft

1795

Zum ewigen Frieden.
Ein philosophischer Entwurf

1787

Aufnahme in die Preußische Akademie der Wissenschaften

1790

Kritik der Urteilkraft

1804

Gestorben: 12. April in Königsberg (Preußen)

Frieden und Völkerverständigung

Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ ist ein visionärer Entwurf für eine Welt, in der Krieg durch rechtliche und diplomatische Strukturen überwunden werden könnte. „Für Kant ist Frieden nicht einfach ein natürlicher Zustand für uns Menschen. Um in Frieden leben zu können, müssen Menschen Teil einer bürgerlichen Ordnung sein, genauer einer republikanischen Verfassung“, so Kristina Engelhard. In Zeiten internationaler Spannungen und Konflikte, in denen globale Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist, bleibt Kants Vision eine wertvolle Quelle der Inspiration für die Gestaltung einer friedlicheren Weltordnung. Zentrale Elemente dieser Ordnung sind ein Völkerbund freier Staaten, der auf gegenseitigem Respekt und der Einhaltung internationaler Rechtsnormen basiert und diplomatische Konfliktlösungen fördert.



Meine Pflegekraft ist ein Roboter!

In der Pflege fehlt es an Personal. Neue Technologien lassen auf ein wenig Erleichterung in dem anstrengenden Job hoffen. Doch wie fühlt es sich für die Fachkräfte an, wenn sie bald robotische Unterstützung bekommen könnten?

Schon vor mehr als einem Jahrzehnt zeigte uns das Fernsehen Bilder von humanoiden Robotern, die durch japanische Altenheime rollen. Man könnte meinen, dass Roboter in der Pflege mittlerweile weit verbreitet sind. Wenn sie das hört, muss Ana Nanette Tibubos lachen. Als Professorin für Diagnostik in der Gesundheitsversorgung und E-Health an der Universität Trier beschäftigt sie sich schon länger mit technischen Unterstützungslösungen in der Pflege. Jüngst hat die Trierer Pflegewissenschaft einen „Pepper“ bekommen. So heißt das menschenähnliche Robotermodell mit seinen spiegelnd wei-

Ben Oberflächen auf drei Rädern. Ausgestattet mit zwei HD-Kameras und vier Mikrofonen kann der vorschulkindgroße Roboter die Mimik und Gestik analysieren und entsprechend reagieren. Zumindest in der Theorie. „Häufig kommt es beim Einsatz von Pepper zu Fehlermeldungen“, beschreibt Tibubos die Erfahrungen. Das mag einer der Gründe sein, warum intelligente Roboter in der Pflege in Deutschland bisher nur in Pilotprojekten zum Einsatz kommen. In Asien ist man da teils schon weiter, weiß Tibubos. „Deutschland gilt allgemein eher als Technik-skeptisch. Geschweige denn verfügen



alle Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen über ein in allen Bereichen ausgebautenes sicheres WLAN, das für die Roboter von Nöten wäre.“

Aus anderen Anwendungsfeldern wie der Fertigung weiß man, wie wichtig Vertrauen und Emotion für den erfolgreichen Einsatz von Robotern ist. Für die Pflege gibt es hier bisher kaum Wissen. Das möchte die Trierer Pflegewissenschaftlerin gemeinsam mit Anna-Sophie Ulfert-Blank, Assistenzprofessorin für Organizational Behavior and Artificial Intelligence an der Eindhoven University of Technology, ändern. „Wir betreiben Grundlagenforschung. Unsere Ergebnisse könnten in die Entwicklung der Roboter einfließen, um die Akzeptanz bei Pflegekräften wie Gepflegten zu erhöhen“, steckt Ana Nanette Tibubos das Ziel ab. Den beiden Forscherinnen geht es darum, einen theoretischen Rahmen zu entwickeln, der die vielschichtigen Interaktionsbeziehungen speziell für die stationäre Alten- und Krankenpflege abbildet. Hier wird es wahrscheinlich wichtig sein, die Einsatzfelder von Robotern in der Pflege differenziert zu betrachten. In den wenigen bisher durchgeführten Pilotprojekten helfen Roboter Patientinnen und Patienten aktuelle Informationen zu bekommen oder unterhalten im Altenheim bei Musik- oder Märchenstunden. Regelmäßige Tätigkeiten, wie das Servieren von Essen oder die Ausgabe von Medikamenten, sind weitere Einsatzmöglichkeiten. Doch gerade bei letzterem wird es wieder kompliziert: Wie zuverlässig können Roboter das übernehmen? Was wenn der Roboter die falschen Medikamente gibt? Was wenn sich jemand weigert, die Medikamente zu nehmen? Ana Nanette Tibubos kann sich vorstellen, dass es für Pflegekräfte wie Patientinnen und Patienten insbesondere eine Erleichterung wäre, wenn Roboter bei schambehafteten Tätigkeiten unterstützen. Dazu gehört beispielsweise der Gang zur Toilette oder die



Noch sind humanoide Roboter in der Pflege eher Zukunftsmusik.



Prof. Dr. Ana Nanette Tibubos im SkillsLab der Universität Trier: Hier lernen Studierende auch neue Methoden und Ansätze in der Pflege kennen.

Intimwäsche. Denn diese Tätigkeiten gehen oft mit einem Schamgefühl von Seiten der Gepflegten einher. Eine weitere Aufgabe, bei der Pflegekräfte sicher über robotische Assistenz dankbar wären, ist die Unterstützung bei schweren körperlichen Tätigkeiten. Bereits heute helfen mancherorts überdimensionale Roboterarme beim Heben von Personen mit eingeschränkter Mobilität aus ihren Betten.

Niedliche Roboter machen weniger Angst

In ihrem Projekt wollen die beiden Wissenschaftlerinnen aber vor allem zu humanoiden Robotern forschen. Ihre Studie ist international ausgerichtet. Die Forscherinnen wollen in qualitativen Interviews Pflegekräfte aus vier Ländern befragen, die in unterschiedlichen Bereichen der Pflege arbeiten. „Welche Emotionen Pflegekräfte bei der Interaktion mit Robotern haben, hängt wahrscheinlich auch mit der Art ihrer Ausbildung zusammen“, mutmaßt Tibubos. Gerade im Studium der Pflegewissenschaft kommen die angehenden Fachkräfte mit neuen Methoden und Ansätzen in Kontakt. Diese werden in der klassischen Berufsausbildung eher weniger vermittelt. Basierend auf Ergebnissen der Emotionsforschung vermutet die Trierer Professorin, dass vor allem beim ersten Kontakt mit den humanoiden Robotern negative Emotionen überwiegen könnten. „Negative Gefühle sind einfacher zu erzeugen als positive. Es kommt nicht von ungefähr, dass humanoide Roboter oft so gestaltet sind, dass wir sie niedlich finden. Wenn Roboter zu sehr Menschen ähneln, wirkt das eher unheimlich auf uns.“

Im zweiten Schritt planen die Forscherinnen weitere Befragungen, unter anderem von Patientinnen und Patienten, Angehörigen sowie anderen Gesundheits-

fachkräften wie Physiotherapeutinnen und -therapeuten, mit denen Pflegekräfte interprofessionell zusammenarbeiten. Außerdem soll eine Analyse von konkreten Interaktionen zwischen Mensch und Roboter in der Pflege durchgeführt werden. „Es ist gar nicht so leicht, vergleichbare Situationen zu schaffen, die wir durch Beobachtungsstudien analysieren können“, sagt Ana Nanette Tibubos. Die Herausforderung liege unter anderem darin, dass die Roboter nach wie vor nicht vollkommen zuverlässig und noch lange nicht so intelligent in der Kommunikation und Zusammenarbeit mit Menschen sind. Nichtsdestotrotz sind die Wissenschaftlerinnen optimistisch, dass sie am Ende ein belastbares theoretisches Modell darüber haben, welche Emotionen Roboter in der Pflege auslösen. Auch Pilotenrichtungen, in denen bereits Roboter eingesetzt werden, wolle man praktische Hinweise zur Mensch-Roboter-Interaktion geben. Sicher ist: Es wird zukünftig mehr Roboter in der Pflege geben, aber wie und in welchen Bereichen diese eingesetzt werden, entscheiden nicht zuletzt die Pflegekräfte sowie die Patientinnen und Patienten. Mit ihrer Forschung wollen die beiden Wissenschaftlerinnen dazu beitragen, dass die Meinungen und Empfindungen der Fachkräfte und Gepflegten mit in die Entwicklung einfließen.

Kontakt

Prof. Dr. Ana Nanette Tibubos
Pflegewissenschaft
Tel. +49 651 201-1904
Mail: tibubos@uni-trier.de

Einfach Spitzenkasse!

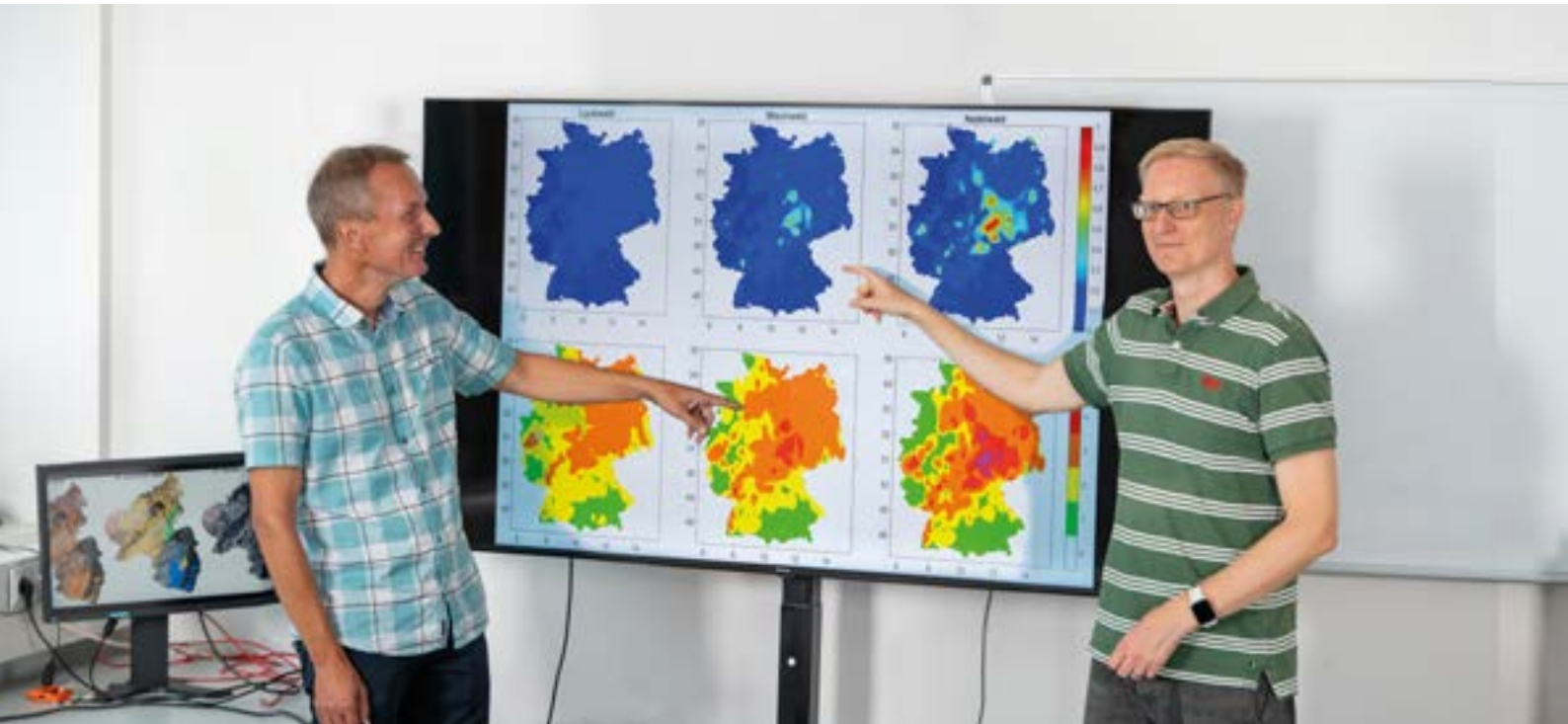
Beste Bank in Trier.



*Quelle: Deutsches Institut für Bankentests GmbH

5 mal Testsieger im Bankentest 2024*





Die beiden Projektleiter Prof. Dr. Thomas Udelhoven und Dr. Henning Buddenbaum haben mit Satellitendaten ein präziseres Modell für den Waldbrandgefahrenindex erstellt.

Satellitendaten gegen Waldbrände

Forschungserkenntnisse eines Projekts an der Universität Trier tragen dazu bei, dass die Waldbrandgefahr genauer prognostiziert werden könnte.

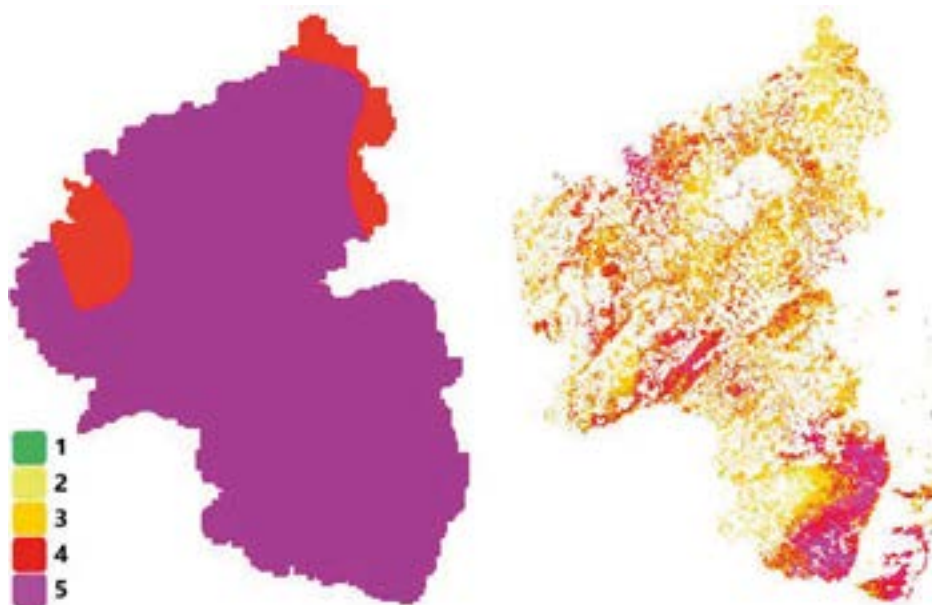


Der Waldbrandgefahrenindex (WBI) des Deutschen Wetterdienstes gibt in den potenziell gefährlichen Monaten März bis Oktober an, wie hoch das Risiko eines Waldbrands ist. Der Index stützt sich dabei bisher ausschließlich auf meteorologische Daten wie Luftfeuchtigkeit, Temperatur, Windgeschwindigkeit und Niederschlag. „Natürlich sind hier aber weitere Faktoren relevant, wie etwa die Bodenfeuchte oder der vorherrschende Waldtyp“, erklärt Dr. Henning Buddenbaum die Schwächen des bisherigen Index.

Die Kombination aus sandigen Böden, die kaum Wasser halten, und den leicht brennbaren Kiefernadeln führen etwa in Brandenburg zu einem deutlich erhöhten Waldbrandrisiko. Vermehrte Wald-

brandgefahr herrscht aber durch den Klimawandel in ganz Deutschland: „Bisher gibt der Index nur eine meteorologische Übersicht. Durch die Erhebung an nur wenigen verschiedenen Stationen und der damit geringen räumlichen Genauigkeit wird die Waldbrandgefahr vor Ort zum Teil stark unterschätzt“, so der Geoinformatiker.

Im Projekt BrandSat arbeiteten Forschende der Universität Trier und der Humboldt-Universität zu Berlin deshalb an der Weiterentwicklung des Prognoseinstruments. Während in Berlin Satellitendaten vergangener Waldbrände analysiert wurden, verarbeiteten Buddenbaum und sein Team in Trier die aktuellen Satellitendaten und erstellten Konzepte, um den WBI zu erweitern. „Zum einen konnten wir anhand der Daten eine auf den Hektar genaue Karte der Baumarten in Rheinland-Pfalz erstellen. Die Kartendaten haben wir dann mit dem Faktor Trockenheit verbunden, indem wir den Blattwassergehalt



Links: Waldbrandgefahrenindex-Stufen für Rheinland-Pfalz am 31. Juli 2020. Der WBI versieht Rheinland-Pfalz fast komplett mit der höchsten Gefahrenstufe. Rechts: Durch die Ergänzung von Daten zu Waldtypen, Baumarten und Trockenheit, die im WBI+ einberechnet sind, kann der Index nun kleinräumige Muster bestimmen. So kann die Waldbrandgefahr deutlich genauer und zuverlässiger vorhergesagt werden.

der Kronen analysiert haben“, führt der Forscher aus. „So können wir aus den Satellitendaten Faktoren zur Bestimmung der Waldbrandgefahr räumlich sehr genau erheben und den WBI gezielt verbessern.“

Die Daten stammen dabei hauptsächlich von zwei Copernicus-Satelliten, die der europäischen Welt- raumorganisation ESA gehören. Die kostenfrei verfügbaren Datensätze werden durch eine Software, die der Trierer Juniorprofessor David Frantz in seiner Dissertation entwickelte, automatisiert heruntergeladen und vorverarbeitet. Mit den vorverarbeiteten Daten konnten die Geoinformatiker die Baumarten, den Waldtyp und den Kronenwassergehalt der jeweiligen Bäume, der auch Aufschluss über die Trockenheit an den Waldböden gibt, vom südlichen Pfälzer Wald bis in die Eifel kartieren. „Den Kronenwassergehalt zu bestimmen, ist dabei der wesentlich schwierigere Teil, weil er sich häufiger ändert. Zum anderen liegen aber auch nicht jeden Tag ausreichend qualitativ hochwertige Daten der Satelliten vor. Oft sind zu viele Wolken im Aufnahmebereich und die optischen Satelliten kreisen nur alle drei bis fünf Tage über dem gleichen Gebiet“, beschreibt Buddenbaum die Herausforderungen. Das im Projekt entstandene

geoinformatische Konzept könnte nun auf das gesamte Bundesgebiet übertragen werden, um den Waldbrandgefahrenindex langfristig zum sogenannten „WBI +“ zu erweitern. Parallel hat der Deutsche Wetterdienst bereits Erkenntnisse seines eigenen geförderten Projekts in das Prognoseinstrument einfließen lassen, sodass der Gefahrenindex nun stündlich erhoben wird und auch im Winter zuverlässige Prognosen liefert. Eine Prognoseunsicherheit bleibt aber immer: Menschen sind ein großer Einflussfaktor und für die meisten Waldbrände verantwortlich.

Kontakt

Dr. Henning Buddenbaum
 Geoinformatik
 Tel. +49 651 201-4279
 Mail: buddenbaum@uni-trier.de





Typische Architektur in viktorianischen Gefängnissen: lange Flure und beengte Zellen | Foto: Andy Aitchison

Normale Orte hinter Mauern

An der Universität Trier forscht seit Kurzem ein Team der Geographie zu Gefängnissen. Es ist das einzige in Deutschland mit dem für das Fach doch eher besonderen Forschungsgebiet. Wie die humangeographische Perspektive nützlich sein kann.

„Man darf es sich nicht so vorstellen, dass ich die ganze Zeit in Gefängnisse gehe und dort Interviews oder beobachtende Studien durchführe. Viel Zeit verbringe ich auch mit der Analyse von Daten oder politischen Papieren“, beschreibt Jennifer Turner den Forschungsalltag. Turner hat die Professur für Kultur- und Politische Geographie an der Universität Trier inne. Das Team der Professur ist das einzige, das deutschlandweit zu Gefängnissen als Räumen forscht. Ursprünglich in Großbritannien geboren hat Turner den Forschungszweig vor vier Jahren vom United Kingdom mit in die Bundesrepublik gebracht. „Gefängnisse sind ganz normale Orte, an denen Menschen ihren Alltag verbringen: essen, schlafen und andere treffen.“ Die Erforschung von Räumen und deren Einfluss auf Personen, die in ihnen leben, ist seit jeher Gegenstand der Humangeographie. In den Gefängnissen wird Turner dennoch oft verwun-

dert angeschaut: Geographische Forschung? „Die Inhaftierten sind Forschung gewohnt. Sie werden häufig gebeten, Fragebögen auszufüllen. Allerdings sind es meist soziologische oder kriminologische Forschende“, berichtet Turner. Das Interesse, an der Forschung mitzuwirken, ist bei Inhaftierten sowie Mitarbeitenden im Strafvollzug jedoch da. Die Hoffnung, dass Gefängnisse bessere Orte werden, schwingt wohl mit.

Ist das auch ein Forschungsziel von Turner? Gefängnisse räumlich zu optimieren? Es ist eine Frage, die zwei Lager kennt. Die einen vertreten die Position, Gefängnisse sollten abgeschafft werden. Die anderen plädieren dafür, Gefängnisse zu reformieren. Turner möchte sich nicht klar positionieren. „Ich bin der Meinung, dass es bessere Optionen als Gefängnisse gibt, aber momentan sehe ich keine anderen



Für die Forschungsprojekte interviewt Prof. Dr. Jennifer Turner Inhaftierte und Mitarbeitende im Strafvollzug (Foto links).

Wie nehmen Inhaftierte den Raum „Gefängnis“ wahr? (Foto unten).
Fotos: Andy Aitchison



Lösungen, die gesellschaftlich tragfähig wären.“ Die Professur für Humangeographie an der Universität Trier will mit der Forschung dazu beitragen, dass Gefängnisse adäquater und effektiver werden.

Faszination Gefängnis

Nach dem Weg zu diesem außergewöhnlichen Thema gefragt, muss Turner schmunzeln. Fast entschuldigend sagt die Forschende, dass es ursprünglich weniger akademische Gründe waren. TV-Serien wie *Prison Break* waren es, die das Interesse geweckt haben. „Menschen finden Gefängnisse seit jeher faszinierend, bei mir war und ist das nicht anders. Man will wissen, was sich hinter den Mauern abspielt.“ Touristische Ziele wie Alcatraz in der Bucht von San Francisco sind Sinnbild für diese Faszination. Bei den meisten sei das Bild von Gefängnissen durch die Medien geprägt: Gefängnisse als Orte, in denen gedealt wird, es Gewalt gibt und Ausbruchspläne geschmiedet werden. Die Wirklichkeit wird eher von anderen Dingen bestimmt. „Die Gefängnismauern sind durchlässiger als viele denken. Die Strafvollzugsangestellten gehen täglich in Gefängnisse zur Arbeit, Besucherinnen und Besucher kommen, Inhaftierte im offenen Vollzug verlassen jeden Morgen das Gefängnis und kehren am Abend zurück.“ Auch

dieses Durchschreiten der Mauer als Grenze ist Teil des theoretischen Konzepts der „carcerality“, das Turner entscheidend mitgeprägt hat. Im Deutschen lässt sich der Begriff mehr schlecht als recht mit dem an mittelalterliche Kerker erinnernden Wort „Karzeralität“ übersetzen.

Karzeralität beschreibt, wie Personen, die ein Verbrechen begangen haben, durch einen Akt der Grenzziehung aus der Gesellschaft entfernt werden, in dem sie innerhalb einer Grenze hinter Gittern gebracht werden. Das theoretische Konzept fasst jedoch Räumen der Inhaftierung, der Begrenzung, der Eingrenzung und des Einsperrens noch weiter. Es geht letztlich auch um Fragen der Macht und einer Politik der Kontrolle: Die Inhaftierten können als Machtlose verstanden werden, denen die Freiheit entzogen wurde. Jennifer Turner interessiert, welche räumlichen Erfahrungen die Inhaftierten machen. Wie nehmen sie den Blick aus ihrem Fenster wahr? Wie beschreiben sie ihre Zelle? Wie sind die Grünflächen in Gefängnissen? Welche Orte des Austausches gibt es mit anderen Gefangenen? Wie trägt das alles zur Resozialisierung bei? Zuletzt hat Turner viel zur Architektur von viktorianischen Gefängnissen geforscht (siehe Infokasten). Aber auch die Ausgrenzungserfahrungen von Frauen in Gefängnissen ist ein Thema, mit



dem sich das Team der Professur beschäftigt. Vor allem Dr. Anna Schliehe forscht zu diesem Thema, das bisher weitgehend unberücksichtigt geblieben ist. Dabei sind weibliche Inhaftierte besonders wichtig, weil viele Reformpläne an dieser relativ kleinen Gruppe erprobt werden, mit welcher vermeintlich leichter umzugehen ist. Ein weiteres Forschungsthema sind Angestellte im Justizvollzugsdienst, die zuvor beim Militär gearbeitet haben. Wie passen sie sich an die zivile Arbeit im Gefängnis an? Wie nehmen Kolleginnen und Kollegen sowie die Inhaftierten sie wahr?

Auf den ersten Blick etwas verwundernd mag ein weiteres Feld von Turners Karzeralität-Forschung wirken: Meerespolitik und räumliche Abgrenzung. Rund ein Drittel der weltweiten Meere sollen laut einem UN-Übereinkommen weitgehenden Schutz erhalten. Doch wie lassen sich die Schutzgebiete abgrenzen? „Im Meer Grenzen zu ziehen, ist natürlich schwierig. Fische und andere Meeresbewohner lassen sich nicht eingrenzen.“ Auch hier kann die Trierer Forschende mit dem Konzept der Karzeralität Expertise zum Management „flüssiger“ Grenzen beisteuern.

WGs für straffällige Personen

Doch zurück zu Jennifer Turners Forschung zu Gefängnissen. Die meisten Projekte waren bisher in Großbritannien, aber auch in Dänemark und Norwegen angesiedelt. „Ich hoffe, dass ich demnächst meine Forschung auch in deutschen Gefängnissen intensivieren kann.“ Der Vergleich von Gefängnissen in verschiedenen Ländern ist wie Äpfel mit Birnen gleichzusetzen. Wie Gefängnisse aufgebaut und ausgestattet sind, hängt unter anderem von der Gewichtung im Sozialsystem ab. „Letztlich ist die Frage, wie viel Geld man für verurteilte straffällige Personen ausgeben möchte“, fasst es Turner zusammen.



men. Während die Unterbringung pro Inhaftierten im norwegischen Vorzeige-Gefängnis umgerechnet jährlich fast 120.000 Euro kostet, kann man in Deutschland ungefähr mit der Hälfte rechnen (die Kosten werden nicht zentral erhoben). In Dänemark gleichen die Gefängnisse eher Wohngemeinschaften, in Deutschland und Großbritannien sind Gefängnisse oft noch ähnlich aufgebaut wie vor einem halben Jahrhundert. Dass nicht alle diese Orte geeignet sind, um Ziele des Strafvollzugs wie Resozialisierung zu erreichen, liegt auf der Hand. Genau das ist der praktische Nutzen einer geografischen Gefängnisforschung.

Kontakt

Prof. Dr. Jennifer Turner
Geographie
Tel. +49 651 201-3938
Mail: turner@uni-trier.de

Beispielprojekt: Viktorianische Gefängnisse

20 Prozent aller Inhaftierten in Großbritannien sind in Gefängnissen untergebracht, die in viktorianischer Zeit im 19. Jahrhundert gebaut wurden. Warum sind sie immer noch in Benutzung? Sind sie überhaupt noch geeignet für einen zeitgemäßen Strafvollzug? Diesen Fragen ist ein Forschungsteam der Universitäten in Trier, Birmingham und Bath nachgegangen. Schon seit Langem stehen viktorianische Gefängnisse in der Kritik. Bemängelt werden beispielsweise die kleinen Zellen. Im Sommer ist die Raumtemperatur fast unerträglich heiß, im Winter kalt. Räume für Gruppenworkshops waren vor 150 Jahren nicht vorgesehen und müssen mühsam nachgerüstet werden. Während der Corona-Pandemie, als die Inhaftierten in ihren Zellen bleiben mussten, wurde überlegt, ob eine Telefonanlage installiert werden kann. Nicht so einfach bei meterdicken, alten Mauern.

Wie die Forschenden Dominique Moran, Matt Houlbrook, Yvonne Jewkes und Jennifer Turner in ihrem politischen Briefing schreiben, gelten die Gefängnisse als sehr sicher gebaut. „Ein großer Pluspunkt der Gefängnisse ist aber auch deren Lage“, sagt Jennifer Turner (Kultur- und Politische Geographie, Universität Trier). Damals sind die Gefängnisse außerhalb der Stadt errichtet worden. Durch das Wachstum der Städte liegen sie nun jedoch in den Städten und sind beispielsweise auch an das öffentliche Nahverkehrssystem angebunden. Für Inhaftierte im offenen Strafvollzug, die tagsüber zur Arbeit in die Stadt gehen, ist dies ebenso von Vorteil wie für Besucherinnen und Besucher. „Es ist aber vor allem auch eine finanzielle Frage: Geeignete Flächen fehlen, auf denen man günstig neue Gefängnisse errichten könne“, erklärt Turner. Auch eine praktische Komponente komme hinzu: Das Strafvollzugspersonal wurde eben an diesem Typ Gefängnis geschult: lange Flure mit Einzelzellen, vier Stockwerke übereinander. Daher äußern sich auch die Beschäftigten im Strafvollzug eher zurückhaltend, wenn es um den Neubau der Gefängnisse geht. Für ihre Studie befragten die Forschenden das Personal ebenso wie die Inhaftierten. Auch Werke von Inhaftierten aus einem Kreativworkshop sind in die Auswertung eingeflossen. Die Inhaftierten waren unter anderem gebeten worden, ihre Zellen zu zeichnen. Das Fazit der Studie: „Bis andere Lösungen gefunden sind, sind die viktorianischen Gefängnisse noch zweckdienlich.“

Mehr Infos: <https://victorian-prisons.com/>



„Man muss mutig sein und sich mit seiner Forschung auch mal aus dem Fenster lehnen“

Historiker Prof. Dr. Damien Tricoire gehört zu den erfolgreichsten Forschenden zur Geschichte der Frühen Neuzeit. Seine Forschung könnte dazu führen, dass einige Kapitel in Geschichtsbüchern neu geschrieben werden müssen. Wenn eine Vita das Adjektiv „europäisch“ verdient, dann ist es seine.

In seinen Bücherregalen stehen deutsche, französische, englische und polnische Titel. Sein Lebenslauf listet außerdem Sprachkenntnisse in Russisch, Italienisch, Latein, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch auf. Darauf angesprochen, bleibt Damien Tricoire bescheiden: „Ich spreche natürlich keine zehn Sprachen fließend. Aber mein Spanisch reicht beispielsweise aus, um historische Quellen in Spanisch in Grundzügen verstehen zu können.“ Zu seinen dennoch beeindruckenden Sprachkenntnissen hat ihn nicht nur seine Arbeit geführt, sondern auch seine persönliche Lebensgeschichte. Als Kind französischer Eltern ist er in Metz geboren worden. Als er 13 war, ist die Familie nach Deutschland gezogen, hat dann aber auch eine Zeit in Belgien und wieder in Frankreich gelebt. Seine Teenagerzeit verbrachte er in Berlin, wo er an einem deutsch-französischen Gymnasium sein Baccalauréat ablegte. Studiert hat er in Frankreich, Deutschland und Polen.

„Es klingt etwas nerdig, aber ich wusste bereits in meinem Grundstudium, dass ich Wissenschaftler werden möchte“, erzählt Tricoire. Geschichte fand er als Kind schon spannend. Am Anfang war es vor allem die Geschichte der Antike, später während seiner Jugendzeit in Berlin die Geschichte der DDR. „An Geschichte hat mich immer schon das Fremde fasziniert.“ In seinem Studium spielte die Geschichte der Frühen Neuzeit zunächst keine große Rolle. Erst später hat er diese Epoche für sich entdeckt. „Traditionell wird die Frühe Neuzeit in Deutschland weniger thematisiert. Von einigen Ausnahmen abgesehen wird diese Zeit eher als Zeit des Niedergangs dargestellt.“ Dass die Gesellschaft damals so anders war, findet der Trierer Wissenschaftler besonders fesselnd.

Hier kommt er schnell auch auf das Thema, das ihn in seiner Forschung besonders beschäftigt: Wie wird Geschichte geschrieben? Inwiefern ist die Geschichtsschreibung von einer politischen Agenda geprägt? Was müsste eigentlich anders erzählt werden? Letztlich geht es ihm um nicht weniger als die Geschichtsbücher neu zu schreiben. Aktuell forscht er im Projekt „Pamphlets and Patrons“ zu bisher wenig beachteten Faktoren, die zur Französischen Revolution geführt haben (siehe Infokasten). Wir haben

alle ein bestimmtes Bild von der damaligen Gesellschaft, das aber zumindest in Teilen nicht ganz korrekt sei, erläutert er.

Das Projekt wird über den begehrten Consolidator Grant des European Research Council (ERC) gefördert. Der Europäische Forschungsrat unterstützt damit Spitzenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bis zu fünf Jahre. Neben Tricoire hatten sich in der Förderrunde mehr als 2500 andere Wissenschaftler beworben. Nur 327 Anträge wurden bewilligt. „Ich denke, ich war unter anderem erfolgreich, da ich mit meinem Forschungsansatz mutig war und mich aus dem Fenster gelehnt habe“, sagt Tricoire. Während seiner wissenschaftlichen Karriere habe er oft gehört, dass man sich nicht angreifbar machen darf. „Aber das ist falsch. Man sollte nicht nur Themen aufgreifen, die aktuell gefragt sind, sondern immer fragen, welche Themen das größte Innovationspotenzial haben.“

„Ich will auf keinen Fall bis zu meinem Tod immer dasselbe machen“

Begeistert erzählt Damien Tricoire, wie er im Projekt „Pamphlets and Patrons“ auch mit neuen Forschungsmethoden arbeitet. Kolleginnen und Kollegen an der Universität Trier – unter anderem vom Trier Center for Digital Humanities (TCDH) – hätten ihn hier herangeführt. Im Rahmen des Projekts beschäftigt er sich beispielsweise mit der Frage, ob Texte, welche die Französische Revolution maßgeblich getrieben haben, auch tatsächlich von den angegebenen beziehungsweise zugeschriebenen Autoren stammen. „Jeder Autor hat einen ganz eigenen Stil, was die Verwendung von einzelnen Funktionswörtern angeht. Das sind Wörter, auf deren Verwendung man nicht explizit achtet. Dieser Stil kann nicht so einfach nachgeahmt werden“, erklärt Tricoire. Statistische Verfahren können ermitteln, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Texte von einem bestimmten Autor stammen. Auf seinem Bildschirm zeigt er, wie man dies auch grafisch visualisieren kann: Eine Vielzahl an Linien verbinden Texte mit Autoren, sodass sich Cluster bilden. „Für mich ist es neu, digitale Methoden für die eigentliche Forschung zu verwenden.“

Ich finde es sehr spannend. Ich will auf keinen Fall bis zu meinem Tod immer dasselbe machen.“

So wichtig ihm neue, digitale Forschungsmethoden sind, so bedeutend findet er es für seine Forschung aber auch, vor Ort an den Schauplätzen gewesen zu sein, an denen Geschichte geschrieben wurde: Wo Schlachten stattgefunden haben, Verträge unterzeichnet oder Adelige hingerichtet wurden. Die örtlichen Begebenheiten sind ein weiterer Bestandteil für die Diskussion vorher aufgestellter Thesen. Auch mit seinen Studierenden fährt er daher gerne auf Exkursionen. In Paris stehen natürlich Sehenswürdigkeiten wie der Louvre, Paläste und Kirchen auf dem Programm. „Es geht aber auch darum, ein Gefühl zu bekommen, wie die Stadt und die Viertel aufgebaut sind und wie sie sich über die Jahrhunderte verändert haben.“ Wenn er selbst für seine Forschungsprojekte unterwegs ist, führt ihn sein Weg natürlich auch in Archive. „Das Schöne an der Frühen Neuzeit ist, dass es viele Quellen gibt. Aber bei den Handschriften ist längst nicht alles digitalisiert.“

„Es geht darum, Fremdheit zu verstehen.“

Er ist gerne in Trier, sagt er. Er schätzt die kurzen Wege und dadurch die Möglichkeit zum fachlichen Austausch. Auch die Perspektiven, die Studierende wie Forschende, durch die Lage der Universität in der Nähe zu Frankreich, Luxemburg und Belgien mitbringen, findet Tricoire bereichernd. Hin und wieder betreut er Abschlussarbeiten von Studierenden im deutsch-französischen Studiengang Geschichte „TRISTRA“, den die Universitäten Trier und Straßburg gemeinsam anbieten.

In seiner Lehre ist es ihm ein Anliegen, bei den Studierenden ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie Geschichte geschrieben wird. Er möchte vermitteln, dass Geschichtsschreibung von verschiedenen Programmen und Ideologien getrieben sein kann. „Es geht darum, Fremdheit zu verstehen. Das kann auch heißen, dass man Dinge wie beispielsweise Religion und Glauben nachzuvollziehen lernt, die man persönlich für irrational hält, die aber die Geschichte geprägt haben.“ Das „Fremde“ hatte Damien Tricoire auch damals bei seiner Promotion gereizt. Seine Dissertation – die er mit „Summa cum laude“ abgeschlossen hat – trägt den Titel: „Mit Gott rechnen: Katholische Reform und politisches Kalkül in Frankreich, Bayern und Polen-Litauen.“

„Man muss sich in der Geschichtsforschung seines eigenen Bias und seiner Standortgebundenheit bewusst sein und aktiv dagegen ankämpfen. Das heißt, sich selbst fragen, welche Gegenargumente müsste man eigentlich aufgreifen.“ Die beste Forschung ist seiner Meinung nach diejenige, bei der man nicht weiß, wo genau sich die Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler im Privaten verortet. Die Fähigkeit, über den eigenen Tellerrand zu schauen und zu denken, hilft in vielen Bereichen. Erst dadurch kann man Zusammenhänge erkennen. „Während der Französischen Revolution haben sich enorme Gräben aufgetan, was die Weltanschauung verschiedener Gruppen angeht. Eine Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist es zu verstehen, wie es passieren kann, dass Gesellschaften kippen und wie schnell es gehen kann, dass sie sich in eine ideologische Richtung entwickeln. Angesichts des aktuellen politischen Rechtsrucks ist hier Geschichte aktueller denn je.“

Vita

Geboren in Metz verbrachte Damien Tricoire seine Kindheit und Jugend in Frankreich, Deutschland und Belgien. Er studierte Geschichte in Paris, Köln, Berlin, München sowie Warschau und absolvierte gleich zwei Masterstudiengänge – „Sozial- und Kulturwissenschaften“ an der Sciences Po Paris und „Osteuropastudien“ an der LMU München. An letzterer sowie der Pariser Sorbonne promovierte er zum Einfluss von Religion auf Politik in Frankreich, Bayern und Polen-Litauen. Von 2011 bis 2020 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, wo er 2016 habilitierte. Seine Habilitationsschrift beschäftigt sich mit dem kolonialen Traum in der Frühen Neuzeit. Seit 2020 hat Damien Tricoire die Professur für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Trier inne. Neben der Geschichte von Aufklärung und Französischer Revolution forscht er zu den Wechselwirkungen zwischen Religion und Politik, zur Geschichte Osteuropas sowie zur Kolonialgeschichte.



In Tricoires Büro hängen historische Ansichten und Pläne von Städten, die ihn geprägt haben. Wie sich Paris (hier ein Plan aus dem 18. Jahrhundert) im Laufe der Zeit verändert hat, vermittelte er Studierenden erst in diesem Sommer bei einer Exkursion.

War die Französische Revolution gar kein Aufstand des Bürgertums?

In Geschichtsbüchern steht, dass die Französische Revolution vom Volk ausgegangen ist. Erste Ergebnisse des Forschungsprojekts „Pamphlets and Patrons“ (PAPA) legen andere Schlüsse nahe: Ohne den Hochadel wäre es in Frankreich nicht zu dem Umsturz des Herrschaftssystems gekommen. Die Basis der Untersuchung bildet die Analyse politisch polemischer Schriften. „Es gab ein asymmetrisches Abhängigkeitsverhältnis zwischen der höfischen Gesellschaft und politischen Autoren. Die Autoren haben deren Schutz und Kontakte gebraucht, andersherum brauchten Personen in der höfischen Gesellschaft die Autoren, um für sich Prestige generieren und eine moralische Führungsrolle einnehmen zu können“, sagt Projektleiter Prof. Dr. Damien Tricoire. So haben Adelige eine entscheidende Rolle in Reformationen und Revolutionen der Frühen Neuzeit gespielt. „Es braucht Menschen in verschiedenen Rollen, damit sich Erwartungen und Ansprüche in einer Gesellschaft ändern, sodass es zu einem Systemumsturz kommt.“

Meine Empfehlungen

... was sollte man gelesen haben:

Bücher, die über die Grenzen seines eigenen Faches hinausgehen.

... was sollte man gehört haben:

Unreife Meinungen und Theorien, denn sie sind es, die uns am meisten weiterbringen.

... was sollte man gesehen haben:

Möglichst viele verschiedene Gesellschaften und Länder

... was sollte man gemacht haben:

Sich aus seiner Komfort-Zone rausbegeben und Risiken eingehen

Weihnachtsfilme: Mehr als nur Kitsch

Weihnachtsfilme sind nicht nur Wohlfühlkino – sie thematisieren auch gesellschaftliche und persönliche Krisen. Prof. Dr. Andrea Geier hat ihren zweiten Band zu „Weihnachtsfilme lesen“ gemeinsam mit zwei Kolleginnen herausgegeben.

Weihnachtsfilme lesen lohnt sich! Im zweiten Band der Genreanalyse geht es um Krisengeschichten. Entgegen dem Klischee, dass Weihnachtsfilme von einer heilen Welt erzählen, zeigen sich häufig Verwerfungen in Familie und Liebesbeziehungen sowie verunsicherte Genderrollen und ökonomische Probleme. Die weihnachtliche Harmonievorstellung bildet lediglich den Hintergrund, vor dem sich private wie soziale Krisen abzeichnen. Sind Krisen also sogar genrekonstitutiv? Die Beiträger*innen diskutieren Deregulierung und Verunsicherung als ästhetische Phänomene des Weihnachtsfilms. Dazu nehmen sie diskursive Verhandlungsprozesse der (De-)Stabilisierung sowie genrespezifische Mechanismen der Krisendarstellung in den Blick und zeigen: Weihnachten und Krisen gehören zusammen.

Andrea Geier / Irina Gradinari / Irmtraud Hnilica (Hg.)
Weihnachtsfilme lesen II
 Von Krisengeschichten und Wunschscenarien



Frau Geier, welche Bedeutung haben Weihnachtsfilme für unsere Gesellschaft?

„Weihnachtsfilme sind auf den ersten Blick unterhaltsame Saisonware. Wir verbinden Weihnachtsfilme vor allem mit positiven Gefühlen. Aber sie thematisieren auch gesellschaftliche Themen wie Gemeinschaft und Werte und allgemein die Frage: Wie wollen wir zusammenleben? Sie vermitteln Wissen über Weihnachten und Traditionen und sind Anlass für nostalgische Gefühle und Erinnerungen.“

„Weihnachtsfilme lesen“ ist ein Kooperationsprojekt mit Jun. Prof. Irina Gradinari und Dr. Irmtraud Hnilica von der FernUniversität Hagen. Was sind die zentralen Ergebnisse des zweiten Bandes?

„Uns hat überrascht, dass Krisen eine große Rolle in Weihnachtsfilmen spielen, und zwar in allen Genres. In vielen Weihnachtsfilmen geht es vor dem Hap-

py End um große und kleine Lebensfragen. Krisen entstehen oft, wenn Veränderungen anstehen, aber auch Familie oder Beziehung können als krisenhaft erfahren werden. Die Spannweite reicht von individuellen Herausforderungen – wie der Suche nach der großen Liebe – bis hin zu gesellschaftlichen Problemen wie Armut oder Jobverlust, da stellt sich die Frage, wie Familien Weihnachten feiern können. Auch Weihnachtskrisen, die mit den Motiven des Festes verbunden sind, spielen eine Rolle. So geht es in „Das Wunder von Manhattan“ um den Glauben an den Weihnachtsmann. Santa Claus steht vor Gericht, es wird seine Authentizität hinterfragt, und dies verknüpft sich noch mit einer Krise der Familienfindung. In Komödien wie „The Christmas Chronicles“ muss sogar Weihnachten selbst gerettet werden. Mit dem Versprechen eines Happy Ends können wir jedoch alle Krisenerzählungen genießen, weil die Filme uns Lösungen anbieten.“

Worin liegt für Sie die Motivation, an Weihnachtsfilmen zu forschen?

„Mich fasziniert die Genrehybridität der Weihnachtsfilme. Es gibt Märchen-, Action-, Komödien-, Kinder- und sogar Horrorfilme. Die Bandbreite spiegelt auch den breiten gesellschaftlichen Umgang mit Weihnachten wider. Horrorfilme wie z. B. „Silent Night“ können auch als Anti-Weihnachtsfilme betrachtet werden. Sie verweigern die klassischen positiven Weihnachts-Gefühle. Auch der Actionfilm „Stirb Langsam“ ist ein Weihnachtsfilm – egal was Bruce Willis meint. Denn im Zentrum steht zwar ein Action-Plot, aber wir haben viele weihnachtliche Elemente wie Musik und eine Party, und es wird noch dazu eine Familienkrise bewältigt. All diese Filme verbinden verschiedene Erzähltraditionen und Motive und sind weitaus mehr als bloßer Kitsch. Sie zeigen uns, wie vielfältig unser Umgang mit gesellschaftlichen und individuellen Krisen ist – und bieten uns dabei stets die beruhigende Gewissheit, dass am Ende alles gut wird.“

Was ist ein typischer deutscher Weihnachtsfilm?

„Die deutsche Weihnachtsfilmtradition gibt es so nicht. Wenn man Menschen danach fragt, wird oft „Weihnachten bei den Hoppenstetts“ von Lorient genannt, was kein Film ist, sondern eine TV-Episode. Ein echter gesamtdeutscher Klassiker ist die DDR-tschechoslowakische Produktion „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“, mein Lieblingsfilm, den ich als Kind schon immer gesehen habe. Die Protagonistin, Aschenbrödel, wird nach dem Tod ihres Vaters von ihrer Stiefmutter und den Stiefschwestern wie eine Dienstmagd behandelt – eine ungerechte, krisenhafte Ausgangssituation, die sich dann mit einer Liebesgeschichte verknüpft. Anders als ihre Schwestern, die den Prinzen um jeden Preis heiraten wollen, scheint Aschenbrödel gar nicht so darauf aus, ihm zu gefallen. Sie verkörpert gemessen an der Märchentradition eine eher emanzipierte Figur. Am Ende gibt es zwar das erwartbare Happy End, doch der Prinz muss sich zuerst beweisen und ein Rätsel lösen, um Aschenbrödel für sich zu gewinnen.“



Das war 2024

Forschung

29. Januar: Fünf Forschungsverbände der Universität Trier werden bis 2028 vom Land Rheinland-Pfalz mit insgesamt 10,5 Mio. Euro gefördert. Darüber hinaus erhalten vier Forschungsteams eine Förderung über eine halbe Million Euro für die Anschaffung von Forschungsgeräten.

1. Februar: Ein Archäologie-Team untersucht in einem DFG-Projekt erstmals systematisch römische Artefakte aus der Mosel.

7. Februar: Gemeinsam mit dem Landtag veröffentlicht das Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung (TIDuP) erste Ergebnisse des „Rheinland-Pfalz-Monitor“. Geforscht wurde zu den Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern zu Demokratie und Politik.

12. März: Die Universität beteiligt sich mit dem Projekt „Trierer Freiheitsbaum“ am Wissenschaftsjahr 2024 – Freiheit. Unter anderem entsteht mit 30 Gruppen der Region eine Ausstellung zu Freiheit und Demokratie.



1. April: Im Projekt „NurtureDEMOS 2024“ suchen die Politikwissenschaftlerin Dr. Anna-Sophie Heinze und die Sozialpsychologin Prof. Dr. Eva Walther nach neuen Wegen, dem Einfluss von Rechtsaußen-Parteien auf junge Wählerinnen und Wähler entgegenzuwirken und die Demokratie zu stärken.

1. April: Forschende der Volks- und Betriebswirtschaftslehre beteiligen sich am neuen Kompetenzzentrum für Kreislaufwirtschaft der Universität der Großregion (UniGR), das unter anderem von der EU mit mehr als 6,5 Millionen Euro gefördert wird.

2. Mai: Die erste Edition des Veranstaltungsformats „Club der drängenden Fragen“ findet statt, bei dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem Publikum diskutieren.



3. Mai: Die Geobotanik stellt ein neues Projekt vor: Erforscht wird, wie verschiedene Baumarten auf Trockenheit reagieren und welche Auswirkungen Luftschadstoffe haben.

16. Mai: Die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA) erhält von der Landesregierung und dem Landtag Rheinland-Pfalz eine Förderung in Höhe von 160.000 Euro.

5. Juli: Ein neues Projekt der Geologie hat großes Potenzial für die Bauindustrie und den Klimaschutz: Aus Abfällen soll ökologischer Zement hergestellt werden.

19. Juli: Eine Studie der Physischen Geographie zu Mikroplastik in Weinbergen sorgt bundesweit für Aufmerksamkeit.



29. Juli: Die DFG bewilligt ein Langfristvorhaben: In den kommenden zwölf Jahren geht das Trier Center for Digital Humanities (TCDH) der Frage nach, was deutsche Fürstinnen im 18. Jahrhundert lasen.

4. September: Auf Initiative der Forschungs- und Dokumentationsstelle SEAL erinnert in Trier wieder eine Gedenktafel an die Opfer der Gestapo.

4. Oktober: Die Universität Trier startet gemeinsam mit Partnern einen Leibniz-WissenschaftsCampus zum Thema Resilienz.

Studium und Lehre

15. Februar: Auf Einladung von Psychologie-Studierenden stellt sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Audimax in einem ungewöhnlichen Diskussionsformat den Fragen des Publikums zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen.



1. April: Für Studierende wird das Semesterticket zum Deutschlandticket – Trier war hier bei der technischen Umsetzung bundesweit Vorreiter.

28. September: Die ersten Grundschullehramt-Studierenden der Universität sind fertig und beginnen ihren Vorbereitungsdienst in Schulen der Region.

30. September: Zum Projektabschluss gibt „Prüfen³“ Anregungen, wie digitale Portfolios den Lernprozess fördern und klassische Prüfungen ergänzt werden können.

1. Oktober: Die ersten Studierenden in den neuen Bachelorstudiengängen „Gesundheitswissenschaften“ und „International Legal Studies“ sowie in den

Masterstudiengängen „Archäologische Wissenschaften“ und „Sustainability Management & Economics“ starten an der Universität Trier.

Personen, Preise, Auszeichnungen

24. Januar: Für seine innovative Vorlesung zur Geschichte der Frühen Neuzeit wird PD Dr. Jan Simon Karstens mit dem Lehrpreis der Universität Trier ausgezeichnet.

19. Februar: Der Hochschulrat wählt Prof. Dr. Alexandra Busch (Generaldirektorin des Leibniz-Instituts für Archäologie in Mainz) zur neuen Vorsitzenden sowie Markus Nöhl (Beigeordneter der Stadt Trier) und Prof. Dr. Michael Reinhardt (Universität Trier / Rechtswissenschaft) als Stellvertreter.

4. März: Die Königlich Flämische Akademie beruft Prof. Dr. Franzis Preckel. Die Hochbegabtenforscherin soll Ideen und Konzepte zur Talententwicklung in Flandern ausarbeiten.

16. Mai: Der emeritierte Politikwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Ziemer erhält den Viadrina-Preis für sein Engagement zur Völkerverständigung zwischen Deutschland und Polen.

20. September: Generalkonsul Shinichi Asazuma überreicht Hilaria Gössmann, Professorin für Japanologie im Ruhestand, für ihre Leistungen zum kulturellen Austausch mit Japan den „Orden der Aufgehenden Sonne“, der vom japanischen Kaiser verliehen wird.

25. September: Jürgen Nikolaus Kopp, Lehrkraft an der Professur für Biologie und ihre Didaktik, wird für die Förderung von MINT-Fächern mit der Heinrich-Roessler-Medaille ausgezeichnet.



Die Universität Trier in Zahlen



10.450
Studierende



>15 %

Internationale Studierende



2.090
Mitarbeitende



3
Graduiertenkollegs und
-studiengänge



62
Forschungseinrichtungen

IMPRESSUM

konzenTRiert
Wissenschaftsmagazin der Universität Trier
ISSN 1611-9487

Herausgeberin: Die Präsidentin
Redaktion: Carolin Hegner
Jasmin Schwarzenbart
Lara Willmes
Gestaltung: Susanne Hurka

Anschrift der Redaktion:
Universität Trier
Kommunikation & Marketing
Universitätsring 15, 54296 Trier
Tel. +49 651 201-4239
Mail: kommunikation@uni-trier.de

Titelbild:
Studierende auf dem Campus 2024.
Foto: Christopher Heine



- ✓ Unternehmerberatung
- ✓ Steuerberatung
- ✓ Wirtschaftsberatung
- ✓ Rechtsberatung
- ✓ Lohn
- ✓ IT Consulting
- ✓ Rechnungswesen
- ✓ Fördermittelberatung
- ✓ Wissensmanagement
- ✓ Wirtschaftsprüfung



10



Oliver Wendel
Steuerberater,
Fachberater für
Internationales Steuerrecht

Dipl.-Kfm. Thorsten Hurka
Steuerberater, Expert Comptable,
Fachberater für
Unternehmensnachfolge (DStV e.V.)

DIE BERATER DES MITTELSTANDES

TRIER

W+ST Trier Steuerberatungsgesellschaft mbH
Parkstraße 8a-10, D-54292 Trier
Tel. 0651/147310, kontakt@wsttrier.de

LUXEMBOURG

W+ST Steuerberatungsgesellschaft Luxembourg mbH
5, an de Längten, L-6776 Luxembourg-Grevenmacher
Tel. 00352/26710154, contact@wstlux.lu